

**PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!**

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 36

September 1988

Preis DM 2,-

IWF- und Weltbank-Tagung in Westberlin



**Kein siegreicher Kampf gegen den Imperialismus
ohne Kampf gegen den Opportunismus! - S. 27**

„DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND“

Karl Liebknecht

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

IWF - und Weltbanktagung – ein Propagandaakt des westdeutschen Imperialismus

Schon zweimal hatte sich der westberliner Senat in der Vergangenheit bemüht, die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in die Stadt zu holen. Für dieses Jahr ist es nun gelungen. IWF und Weltbank tagen im September in Westberlin. Nicht weniger als 151 Notenbankgouverneure, ebenso viele Finanzminister und etwa 3000 Banker aus der ganzen Welt, begleitet von Beratern und Bodyguards, verhandeln über die möglichst geschickte und gewinnträchtige Ausbeutung der Völker, vor allem der abhängigen Länder.

30 Millionen DM lassen sich Senat, Bundesregierung und die Bundesbank die Organisierung des Kongresses kosten. Standesgemäß wird das Ganze mit aufwendigen Empfängen und Diners, mit Oper- und Theaterbesuchen "untermalt". Allein 1,3 Millionen DM sind dafür veranschlagt. Hotels und Bordelle haben Hochkonjunktur. Man könnte an die "Dreigroschenoper" denken, wenn dies angesichts einer solch großangelegten Propagandashow für das internationale Finanz- und Verbrechersyndikat nicht eine glatte Verharmlosung wäre. Überhaupt

reimt sich hier das "Ansehen in der Welt" immer besser auf Kultur und großes Geld. Nach der pomösen 750-Jahr-Feier im letzten Jahr, während Westberlin aufwendig zur "Kulturstadt Europas" aufpoliert wird, ist jetzt die IWF- und Weltbank-Tagung die "große Chance für Berlin" (Senats-Motto).

Diese Herrschaften und Farbverkehrer haben mehr als genug Erfahrung darin, wie diese "Chance" gemacht und in bewährter Weise ausgeschlachtet wird. Man haut auf die Pauke, am besten im Ton des "Kalten Krieges". Auch wenn der "rote Osten" längst Vergangenheit ist, und nicht nur durch die Bereitstellung von Hotelbetten das Seine zum Gelingen dieser kapitalistischen Veranstaltung beiträgt. Das alte Lied, daß Westberlin "nicht ein kleiner abgelegener Vorposten im roten Meer (ist), der vor sich hindümpelt" (Finanzsenator Rexrodt, Süddeutsche Zeitung, 18.2.1988), laut geschmettert, soll noch immer zum Mitsingen verleiten.

Die Namen der Verfasser haben sich geändert, die Weise bleibt: "Völker der Welt, schaut auf diese Stadt".

Und die Schande der SED...

Wenn der westdeutsche Imperialismus mit der IWF- und Weltbank-Tagung auch internationale Bestätigung für seine faktische Einverleibung Westberlins anstrebt, so sind für ihn seine westlichen Bundesgenossen praktisch weniger das Problem. Besonders deren Großmächte haben bisher noch jeden seiner Schritte in Westberlin unterstützt, sofern es nicht unbedingt gegen ihre eigenen Interessen ging. Die westlichen Alliierten, die französischen, englischen und US-amerikanischen Imperialisten wollen vor allem ihren Fuß in der Tür behalten und das bedeutet für sie auf jeden Fall, ihre Truppen weiterhin in Westberlin zu stationieren, d.h. die Armee zu stellen. Die Frage, ob sie ein Recht dazu haben, stellt sich allerdings längst nicht mehr, denn dieses haben sie schon Ende der 40er Jahre verwirkt, als sie das Potsdamer Abkommen gebrochen haben und damit die damalige politische Zielsetzung, ein wirklich demokratisches Deutschland zu schaffen, ins Gegenteil verkehrten.

So benutzt der westdeutsche Imperialismus solche Veranstaltungen wie die IWF- und Weltbank-Tagung, seine voranschreitende Einverleibung Westberlins auch von den revisionistischen Staaten der neuen Bourgeoisie Osteuropas zunehmend billigen und praktisch anerkennen zu lassen. Zwangsläufig spielt die DDR dabei eine wichtige Rolle, denn Westberlin liegt inmitten der DDR und auf ihrem Territorium. In diesem Bestreben kann der westdeutsche Imperialismus bereits eine Reihe Erfolge für sich verbuchen, was ein entlarvendes Licht auf den verkommenen Charakter dieser revisionistischen Machthaber wirft.

Doch historische Wahrheit bleibt, die weder durch selbstherrliche Einverleibungspolitik, noch durch revisionistisches Kapitulantentum aus der Welt zu schaffen ist: Westberlin ist kein Bestandteil des Staatsgebietes der Bundesrepublik, erst recht kein 11. Bundesland und gehört niemals zu ihr.

Jüngstes Beispiel des Schachers um Westberlin ist die "Gemeinsame Erklärung" zwischen dem "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" und der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" über die Aufnahme offizieller Beziehungen im Juni 1988. Der RGW hat dabei unterschrieben, daß diese Erklärung "für die Territorien gilt, für die der Vertrag über die Gründung der EWG seine Gültigkeit hat" (nach "Neues Deutschland", 27.6.1988). Bekanntlich ist aber für die EWG Westberlin ein Teil des Territoriums der BRD. Angesichts dessen stellt das "Neue Deutschland", das Zentralorgan der SED, heraus, die RGW-Länder hätten "entgegenkommende Schritte zur Position der EWG in Bezug auf die Territorialklausel unternommen ... was in der Konsequenz eine Einigung möglich mache" (ND, 11./12.6.1988).

Im Klartext heißt dies: Voraussetzung für Geschäfte ist die Anerkennung der faktischen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus und die RGW-Länder akzeptieren diese "Geschäftsgrundlage" vollauf, entsprechend den Profitinteressen der neuen Bourgeoisie an der Macht. Die "einseitige Erklärung" des RGW (ebenda) mit Hinweis auf das "Viermächteabkommen" ist lediglich ein Feigenblatt, das den neuen Schacher mit dem Verweis auf einen vorangegangenen verdecken soll. Denn das "Viermächteabkommen" hatte bereits die "besonderen Bindungen Westberlins an Westdeutschland" akzeptiert, was einer völligen Revision des vormals gerechten Standpunkts zur Zeit der Sowjetunion Stalins bedeutete.

Welcher Art diese "entgegenkommenden Schritte" der SED-Revisionisten sind, zeigt nicht nur die Transit-Erlaubnis für westdeutsche Polizeigeräte zur Zeit des Reagan-Besuchs, sondern es steht auch zu erwarten, daß die Gerätschaft der schon angekündigten 2 700 westdeutschen Polizisten, die gegen die Proteste zum IWF-Treffen eingesetzt werden, ebenfalls mit Billigung der DDR zum Einsatz kommen. Dies ist aber nicht nur ein "Entgegenkommen" bei diesem weiteren Schritt der faktischen Einverleibung Westberlins, sondern unterstreicht auch deutlich die konterrevolutionäre Zusammenarbeit der westdeutschen Bourgeoisie mit der neuen Bourgeoisie der DDR.

Außerdem stellen die DDR-Revisionisten für die Banker und ihr Gefolge Hotelplätze in Berlin-Hauptstadt zur Verfügung, nach der Devise "weiße Katze, schwarze Katze, Hauptsache sie bringt Devisen".

All dies stellt nicht nur ihre heuchlerische Gegnerschaft zu IWF und Weltbank bloß, sondern zeigt auch, daß Profitstreben, erst Recht nach Dollars und DM, das wahre Gesicht der SED-Revisionisten ist, das sich hinter der abgenutzten Maske der "Völkerfreundschaft" verbirgt.

Dieser Slogan Ernst Reuters war die propagandistische Begleitmusik für die faktische Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus. Und mit dem Spektakel um die IWF- und Weltbank-Tagung geht es den westdeutschen Imperialisten als den eigentlichen Gastgebern auch darum, die "heimliche Hauptstadt" im internationalen Rampenlicht

glänzen und bestätigen zu lassen.

Proteste, lautstarke gar, sind dabei allemal störende "Mißtöne" in den Ohren der Herrschenden. "Ruhe und Ordnung" ist in Preußen noch immer "erste Bürgerpflicht". Und will der Bürger dies nicht begreifen, dann wird es ihm mit dem modernen Ladestock, dem Polizeiknüppel, beigebracht.

Demonstration der Stärke nach Außen – Ruhe und Ordnung im Innern

Wenn über Kredite und Schulden beraten und verhandelt wird, dann ist der westdeutsche Imperialismus schon die richtige Adresse. Westdeutschland ist eines der herausragenden Gläubigerländer, ein wirklicher Wuchersstaat.

Dementsprechend röhrt der westberliner Senat als sein Sprachrohr die Werbetrommeln für den IWF und die Weltbank. Finanzsenator Rexrodt preist diese Instrumente imperialistischer Ausbeutung und finanzieller Versklavung quasi als selbstlose Hilfsorganisationen, als "unverzichtbare Institutionen bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Staaten der Dritten Welt" (Morgenpost, 9.6.1988). Nicht Profit, nicht maximale Kapitalverwertung, nein Karitas sei ihre Triebfeder: "Die Weltbank (ist) in vielen Entwicklungsländern bei der Bekämpfung der Krankheiten, der Verbesserung von Bildungseinrichtungen und dem Straßenbau überaus hilfreich gewesen" (Morgenpost, 27.5.1988).

Doch diese Herren haben auch andere als karitative Töne parat. Als "harter Geschäftsmann" bezeichnet der "Exekutivdirektor für die Bundesrepublik" bei der Weltbank deren Tätigkeit forscht als "Knochenarbeit". Wenn von ihm eingeräumt wird, daß die Auflagen der

Weltbank "für die städtischen Konsumenten zur Folge (haben), daß spürbare Preiserhöhungen eintreten" (Volksblatt, 28.8.1988), dann wird unfreiwillig deutlich, auf wessen "Knochen" diese "Arbeit" geht, auf die Knochen derjenigen, die kaum noch Fleisch auf denselben haben.

Die Verteidigung einer Tagung, deren Zweck zuvorderst ist, über Wege und Methoden zu beraten, wie die Krise am profitabelsten vor allem auf die "Knochen" der unterdrückten Völker der abhängigen Länder abzuwälzen ist, bleibt allerdings nicht der Propaganda allein überlassen.

Die Propagandisten des westdeutschen Imperialismus wissen nur zu gut, auch wenn die eigenen Interessen und die ihrer Kumpane und Konkurrenten noch so geschickt verpackt werden, mit betrügerischen Worten allein läßt sich eine solche Veranstaltung nicht verteilen und schützen.

Wer glaubhaft internationale Stärke demonstrieren will, muß dies zuallererst zu Hause tun. Wie wäre es um das "Ansehen" des westdeutschen Imperialismus als Schuldeneintreiber bestellt, wenn er nicht drastisch unter Beweis stellen würde, daß er "im eigenen Haus Ordnung" schaffen kann.

„Der Berliner Polizei ist zu danken...“

(SPD-Momper am 2. Mai 1988 im SPD-Pressedienst)



Protokoll Michael Caffonara: In der Nacht vom 1. zum 2. Mai um ca. 23.30 Uhr wollte ich auf dem Weg zu einer Diskothek die Oranienstraße passieren. Die Polizei hatte jedoch den Heinrichplatz abgeriegelt. (...) Ich war mit dem Fahrrad unterwegs. (...) Die Polizei lief sofort knüppelschwingend los. (...) Auf der Höhe Oranienstraße 2-3 wurde mir ein Stöck ins Vorderrad gestoßen. Ich stürzte zu Boden. (...) Einer der Polizisten kam sofort auf mich zugelaufen. Ich konnte nur noch meine Arme über den Kopf halten. Ich bekam dann auch schon einen schweren Schlag mit dem Knüppel auf den Rücken. Der Polizist lief weiter. (...) Meine Verletzungen: Meine Niere und meine Milz mußten in zwei schweren Operationen (eine davon achtständig) entfernt werden. Ich war zwei Tage unter Lebensgefahr und sieben Tage auf der Intensivstation.

Protokoll Heidemarie Dornig: In der Nacht vom 1.5. zum 2.5. um ca. 24 Uhr kamen mein Freund und ich von einem Pizzaessen aus der Oranienstrße. Wir bogen in die Manteuffelstraße ein, um zum Lausitzer Platz zu gelangen. (...) Da alles von Polizisten abgesperrt war, rannten wir etliche Male im Karree. Wieder in der Manteuffel-/Ecke Waldemarstraße landeten wir vor einer Polizeikette. Ich ging friedlich zu einem von ihnen hin und fragte, ob wiedurchgehen könnten. (...) Daraufhin sprang einer von den Polizisten auf mich zu und stieß mich mit seinem Kampfschild nieder. Ich fiel zu Boden. Ich hatte Schmerzen im Knie und an der linken Hand. (...) Resultat: linke Kniestiefe gebrochen mit

Sehnenriß, linkes Handgelenk geprellt.

Protokoll Herbert Mondry: Ich war Gast in dem Café Madonna, Wiener/Ecke Ohlauer Straße. Ich hielt mich hier von ca. 23 bis 23.45 Uhr auf. (...) Plötzlich, soum 23.45 Uhr, es kann auch 24 Uhr gewesen sein, ertönten Schlägeräusche. Ich sah in einiger Entfernung auf dem Bürgersteig fünf bis sieben Polizisten auf der Stelle trampeln und dabei mit ihren Stöcken auf ihre Plastikschilder trommeln. Das empfand ich als Bedrohung. Ich drehte mich um und wollte mich in entgegengesetzter Richtung entfernen. (...) Hier stürmte ein Polizist von links mit seinem Knüppel weit ausholend und auf meinen Kopf ziellend auf mich zu. Ich riß die Arme hoch. Der Schlag traf mich am Hinterkopf, auf die Hand und den linken Ellenbogen. Ich schrie auf und taumelte weiter in Richtung gegenüberliegende Straßenseite. Schon nach wenigen Schritten rannte ein weiterer Polizeikämpfer wieder mit seinem Knüppel ausholend und auf meinen Kopf ziellend mir entgegen. Ich ließ mich fallen. Der Schlag streifte mich deshalb nur am Rücken. (...) Die Beamten liefen weiter und ließen mich liegen. Niemand kümmerte sich um mich. Die Wucht des ersten Schlags war so groß, daß mein Daumenknochen zersplittete. (...) Ich bin Künstler. Durch die Daumen-Handverletzung bin ich für längere Zeit nicht arbeitsfähig. Der mich behandelnde Arzt hat mir nach der letzten Untersuchung erklärt, daß er nicht ausschließen kann, daß die Funktionsfähigkeit des Daumens auf Dauer gestört sei.

Drei von unzähligen Verletzten bei den Prügelorgien der polizeilichen Schlägertrupps am 1. Mai 1988 in Kreuzberg.

Die Propagandaredner für IWF und Weltbank als Instrumente der kapitalistischen Ordnung draußen in der Welt, sind gleichzeitig die Bürgerkriegsstrategen im Innern.

Das Klima des Terrors, der Gewalttätigkeit, der Einschüchterung und der Angst durch den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus in Westberlin angesichts des Reagan-Besuchs im Juni 1987, waren bereits ein Vorgeschmack dessen, was jetzt bei diesem Treffen der Reichen und Mächtigen aus aller Welt zu erwarten ist.



Schon seit Monaten prasselt eine unglaubliche Flut an vorgeschobenen Rechtfertigungen für den zu erwartenden Polizeiterror angesichts des Protestes gegen das IWF- und Weltbank-Spektakel herab. Wie vor dem Reagan-Besuch findet eine geballte staatliche Hetzkampagne gegen "Chaoten", "Gewalttäter" und "Terroristen" statt.

Bereits im Mai forderte SPD-Momper

alle "friedlichen Kräfte auf, sich bei Aktionen zeitlich, räumlich und organisatorisch von jenen zu trennen, die die Tagung für ihre verqueren und gewalttätigen Strategien nutzen wollen" (Tagesspiegel, 27.5.1988). Selbstredend sind damit nicht die Bürgerkriegsmanöver der Polizei gemeint, sondern Momper zielt darauf ab, den Knüppelpgarden ihr schmutziges und blutiges Handwerk zu erleichtern.

Innensenator Kewenig "schloß nicht aus", das heißt im Klartext, daß die Vorbereitungen schon laufen, den Stadtteil Kreuzberg "erforderlichenfalls" erneut abzuriegeln, nur diesmal noch rigoroser und durchschlupfsicher. Auch diesmal soll Polizei aus Westdeutschland eingeflogen werden. Man spricht von 2700 solcher sogenannter "Westsöldner".

Jeglicher Widerstand soll möglichst schon im Vorfeld im Keim erstickt oder in den Rahmen des polizeilich Erlaubten gepreßt werden.

Dieser ist heute bereits durch ein Interesse an Information überschritten. Schon zweimal wurden bislang die Teilnehmer einer im Rahmen der Kampagne gegen die IWF-Tagung durchgeführten Stadtrundfahrt zeitweilig festgenommen, deren Personalien überprüft und mit Video abgefilmt. Zuletzt geschah dies Schülern einer Einrichtung des Zweiten Bildungsweges am 27.8.1988. Und dies solle "regelmäßig" fortgesetzt werden, wie die Polizei mitteilte. Grenzkontrollen zur Registrierung unliebsamer Besucher sind an der Tagesordnung.

Polizeilich legitimiert wird all dies mit dem berühmt-berüchtigten ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz), auch dieses ist aus der Zeit des Reagan-Besuchs noch gut bekannt, das jeglichen polizeilichen Willkürakt "juristisch absichert", vom Knüppeleinsatz bis zu Massenverhaftungen.

Nach und nach wird auch bekannt, was der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus an "Sicherheitsvorkehrungen" noch aktuell vorbereitet hat.

Schon im Mai hat der westdeutsche Bundesgerichtshof (BGH) - mit unverfroren selbstherrlicher Einbeziehung Westberlins - die Ermächtigung zur Anwendung des Paragraphen 111 der Strafprozeßordnung gegeben, der faktisch die Verhängung des Ausnahmezustandes bedeu-

Prügel- und Gasattacken am 1. Mai dieses Jahres in Kreuzberg oder bei der Belagerung und Räumung des Kubat-Dreiecks bereits praktiziert wurde.

Der imperialistische Staatsapparat schlägt rigoros zu, gegen alles, was sich nicht an den staatlich verordneten Rahmen hält, um jeglichen ernsthaften Widerstand und erst recht militanten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der Welt von vornherein



Gasgranaten-Einsatz durch die westberliner Polizei gegen die Besetzer des Kubat- (Lenné-) Dreiecks im Juni 1988

tet. Die Polizei bekommt damit den "Gesetzesknüppel" in die Hand, Kontrollstellen auf Straßen und Plätzen einzurichten, wann immer sie es aus "polizeitaktischen Gründen für nötig hält". Jeder, der in eine derartige Kontrolle gerät, ist "verpflichtet, seine Identität feststellen zu lassen und sich wie die mitgeführten Sachen durchsuchen zu lassen" (nach TAZ, 11.8.1988).

So kündigt sich eine Fortsetzung und Verschärfung dessen an, was im Häuserkampf, bei der "Generalprobe" Reagan-Besuch und am 1. Mai im letzten Jahr, bei den ungeheueren

niederzuhalten, auch wenn die Ansätze noch so bescheiden sind.

Dient die Durchführung von IWF- und Weltbank-Tagung in Westberlin dem westdeutschen Imperialismus zur Darstellung von Macht und Einfluß nach Außen, demonstrieren die Attacken seines Staatsapparats Stärke nach Innen. Beides entspricht seinem Charakter, denn Imperialismus bedeutet "Reaktion auf der ganzen Linie" (Lenin).

Der westdeutsche Imperialismus im IWF und in der Weltbank - ein Blutsauger der unterdrückten Völker

Wenn Politiker und Ideologen des westdeutschen Imperialismus IWF und Weltbank als "unverzichtbare Instrumente" zur "wirtschaftlichen Hilfe" für die abhängigen Völker preisen, so wissen sie, was sie tun und warum sie es tun.

Die sogenannten "wirtschaftlichen Maßnahmen", das ist die vornehme Umschreibung der direkten und indirekten Ausplünderungsinstrumente, deren sich IWF und Weltbank bedienen. Mit ihnen werden Profit und Extraprofit in gigantischer Höhe aus den unterdrückten Völkern der abhängigen Länder herausgepreßt.

Der westdeutsche Imperialismus ist aufgrund seiner ökonomischen Stärke, gerade auch in finanzieller Hinsicht, und aufgrund seines politischen Einflusses, eines der imperialistischen Länder, die am meisten von diesen "Maßnahmen" profitieren.

Damit ist die westdeutsche impe-

rialistische Bourgeoisie auch verantwortlich für die verbrecherischen Folgen, für die sie früher oder später bestimmt zur Verantwortung gezogen wird.

Hunger und Elend der Armen und Besitzlosen sind unübersehbar. Ihr Widerstand gegen Verehelzung und Unterdrückung kommt immer wieder in Revolten der Empörung zum Ausdruck.

+ In Ecuador wurden infolge von IWF-Auflagen 1982/83 die Brot- und Benzinpreise drastisch erhöht, was zu ausgedehnten Streikaktionen führte, die unter Einsatz der Armee niedergeschlagen wurden.

+ In Brasilien verpflichtete sich 1982 die mit pseudodemokratischen Mäntelchen versehene faschistische Diktatur gegenüber dem IWF unter anderem zu Lohnkontrollen und zur Streichung von Staatsausgaben zu Lasten der



Proteste in Rio de Janeiro gegen Fahrpreiserhöhungen im Juni 1987.



Bergarbeiter-Demonstration in Lima, Peru, am 11. November 1986

armen Bevölkerung. Die ums nackte Dasein kämpfenden Bewohner der Slums der großen Städte erstürmten die Verkaufsstellen für rationierte Lebensmittel.

+ In Marokko wurden 1981 in der Stadt Casablanca 600 Menschen bei der Niederwerfung von Streiks und Demonstrationen getötet, die sich gegen Reallohnverluste infolge von IWF-Auflagen richteten.

+ In Ägypten wurde 1977 die Regierung durch Revolten, bei denen 80 Demonstranten ums Leben kamen, gezwungen, Subventionsstreichungen für Lebensmittel zurückzunehmen.

+ In Tunesien wurden 1984 bei Protesten gegen Brotpreiserhöhungen, die durch IWF-Maßnahmen veranlaßt waren, 140 Menschen von der Staatsmacht getötet.

Dies sind nur wenige Spitzen eines darunter befindlichen kolossalen Eisberges alltäglichen Elends und beständiger Not. Sie stehen dafür, welche Auswirkungen das IWF-

Instrumentarium für die unterdrückten Völker hat und welche soziale Realität Kreditstatistiken verschleiern.

Ihrer Form nach internationale Organisationen, sind IWF und Weltbank ihrem Charakter nach Instrumente der Ausbeutung, vor allem



Proteste gegen steigende Lebensmittelpreise in Neu Delhi, Indien, im August 1987

Zur besonderen Rolle von IWF und Weltbank

++ Der Internationale Währungsfonds (IWF) dient vor allem dazu, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner aufrechtzuerhalten und die "Rahmenbedingungen" für die Banken und Konzerne der imperialistischen Länder zu verbessern. Kann ein im Schuldengeflecht verstricktes Land den Zahlungsforderungen nicht mehr nachkommen und verweigern die Gläubigerbanken neue Kreditmittel, ist es gezwungen, die erforderlichen Devisen beim IWF zu leihen. Dieser vergibt die Mittel ab einer bestimmten Kredithöhe jedoch nur, wenn die Regierung des betreffenden Landes vom IWF gestellten Auflagen erfüllt.

Solche Maßnahmen, die gestützt auf faschistische, vom Imperialismus abhängige Kompradorenregimes durchgesetzt werden, sind zum Beispiel:

- Steuererhöhungen;
- "Liberalisierung des Kapitalverkehrs", d.h. mehr Freiheit für die imperialistischen Monopole bei Investitionen und bei der Abführung der erzielten Profite;
- Verminderung der Staatsausgaben, wobei am häufigsten Subventionen für Lebensmittel, die Löhne der staatlich Beschäftigten, die medizinische Versorgung, das Schulwesen, der öffentliche Verkehr usw. betroffen sind.

Allein 1982-1984 wurden 66 Länder von solchen Programmen erfaßt, bei denen auf der Hand liegt, wer die Zeche zu zahlen hat. Nutznießer sind die Konzerne und Banken der imperialistischen Länder, die zum Beispiel sogenannte Umschuldungen an die Erfüllung von IWF-Auflagen koppeln, der für sie als eine Art Kettenhund auftritt.

Die vom IWF verliehenen Devisen müssen darüberhinaus verzinst und zurückgezahlt werden. Von den 12 Hauptschuldern des IWF, u.a. Mexiko, Brasilien und Indien, waren 1986 die Zinsen für umgerechnet 30 Milliarden US-Dollar aufzubringen (Paul Sandner, Micheal Sommer, IWF-Weltbank, S. 58). Über die Verzinsung der Einlagen beim IWF, deren Löwenanteil von den Notenbanken der großen imperialistischen Länder stammt, fließen diese Gelder als Profit an diese Länder.

++ In der Weltbank-Gruppe geben die gleichen imperialistischen Länder den Ton an wie im IWF. Mit Weltbankkrediten werden vor allem sogenannte "Strukturmaßnahmen" finanziert. Bei ihrer Vergabe werden ebenfalls rigide Auflagen gemacht, die in den letzten Jahren verstärkt mit solchen des IWF koordiniert werden.

Staudämme zur Stromerzeugung für die Industrieansiedlungen imperialistischer Konzerne, Transportwege, die auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind, landwirtschaftliche Großprojekte, die auf die Produktion für den Export ausgerichtet sind - dieser Art sind die Objekte, für die von den Kompradorenregimes in Asien, Afrika und Lateinamerika Weltbankgelder verwendet und dem eigenen Volk Zinsen und Tilgung abgepreßt werden. Die "Entwicklungsländer" als Absatz- und Kapitalanlagemärkte für die imperialistischen Länder zu entwickeln, ist die Funktion der Weltbank, die auch durch ein paar Alibiprojekte nicht kaschiert wurden.

Die Weltbank brüstet sich damit, daß ihre Kredite bisher zu über 90% pünktlich zurückgezahlt werden. Dies ist ein Ergebnis der Sanktionspolitik in Zusammenarbeit mit dem IWF. Nicht nur die Staatshaushalte der USA oder Westdeutschlands beispielsweise profitieren davon, sondern auch die großen Banken, über die ein großer Teil der Kredite von der Weltbank finanziert werden. Ein gutes Geschäft bei rund 12 Milliarden US-Dollar Neukredite der Weltbank an abhängige Länder allein im vergangenen Jahr (Börsenzeitung, 16.7.1988). Für die Weltbank selbst blieb immerhin ein Reingewinn von 1 Milliarde US-Dollar (ebenda). Dergestalt ist die "Hilfe" durch die Weltbank: Zinspresserei in Milliardenhöhe.

der Völker in den vom Imperialismus abhängigen Ländern, beherrscht und genutzt vor allem von den westlichen imperialistischen Großmächten - USA, Westdeutschland, Japan, England, Frankreich - entsprechend ihren Profitinteressen, auch in Rivalität zueinander.

Sie haben zwar ihre spezifische Rolle aufgrund ihrer Organisationsstruktur und Aufgabenstellung, funktionieren aber im Prinzip wie andere große Banken, mit denen das Finanzkapital, vor allem

der genannten Länder, Millionen und Milliarden an Zinsen aus den Völkern der abhängigen Länder herauspreßt.

Als solche sind IWF und Weltbank keineswegs die Inkarnation des imperialistischen Systems, und schon gar kein "Überimperialismus", sondern lediglich ein Instrument, das in seinen Funktionen gerade auch vom westdeutschen Imperialismus je nach Profitinteressen genutzt wird.

Mit oder ohne IWF - auf dem Rücken der Völker ringt der westdeutsche Imperialismus um Vorherrschaft in aller Welt

Bei einer Gesamtverschuldung der abhängigen Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika von 1 200 Milliarden US-Dollar (Börsen-Zeitung vom 23.7.1988) allein im vergangenen Jahr, wird schon deutlich, daß IWF und Weltbank (13 Milliarden US-Dollar ausbezahlt Kredite 1987) tatsächlich nur ein Teil des Problems und keineswegs das "zentrale Übel" sind. Es liegt auf der Hand, daß es die imperialistischen Großmächte, etwa die US-amerikanischen, japanischen oder westdeutschen Monopolbanken und die Staatskassen dieser Länder sind, die den Hauptprofit einstreichen und die unterdrückten Völker der abhängigen Länder im Würgegriff der Schulden halten.

Welche gewichtige Rolle der westdeutsche Imperialismus dabei spielt, wird allein schon daran deutlich, daß die von ihm vergebenen öffentlichen und privaten Kredite bereits zehn Prozent aller Auslandsschulden der abhängigen Länder ausmachen, wofür er jährlich etwa 12 bis 15 Milliarden DM an Zinsen abkassiert.

Dabei ist die Verschuldung nur ein Teil und nicht die ganze Wahrheit der Ausbeutung der unterdrückten

Völker. Kapitalexport in Form von Krediten ist in der Epoche des Finanzkapitals eine sehr wichtige, aber bei weitem nicht die einzige Form der Profitmacherei, die sich in ein ganzes System der Ausplünderung und Unterwerfung einordnet.

Investitionen zur Ausbeutung billiger Arbeitskraft, Warenexport als eine weitere Quelle des Profits, Besitzergreifung von Rohstoffquellen, Giftmüll-Kolonialismus, ökologische Vernichtung ganzer Landstriche für die wirtschaftlichen Interessen ausländischer Konzerne, Ruinierung der Landwirtschaft und Hungerkatastrophen, Waffenlieferungen, politische und militärische Interventionen zur Stützung faschistischer Regime, Aggressionskriege usw. - nur eine Auswahl dessen, was der Imperialismus für die unterdrückten Völker bedeutet.

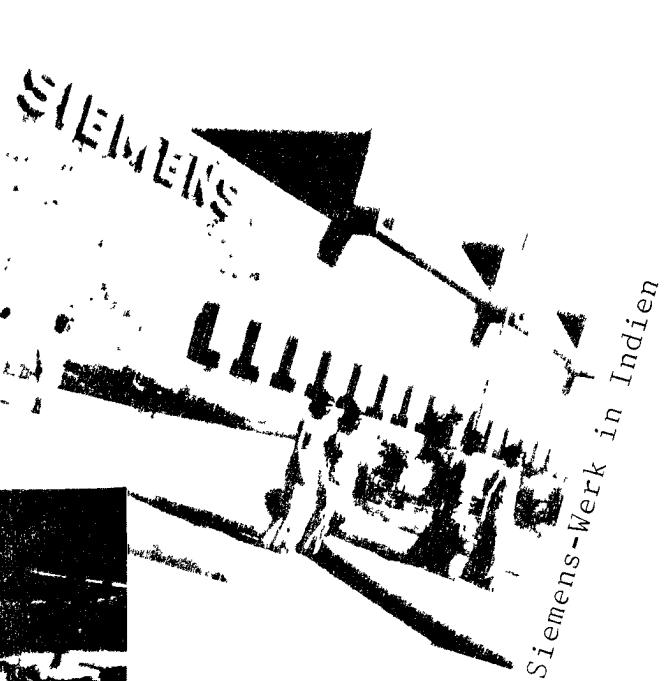
Imperialismus bedeutet Profitmacherei, Ausbeutung unbezahlter Mehrarbeit, maximale Kapitalverwertung um jeden Preis, nicht nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern weltweit. Imperialismus bedeutet vor allem Extraprofite in gigantischem Ausmaß.

WESTDEUTSCHE MONOPOLE IN ALLER WELT

Siemens-Werk in Pretoria



Siemens-
Tochter
KWU baut
das AKW
Angra
dos Reis,
Brasilien



Siemens-Werk in Indien

z. B. SIEMENS . . .

"Ein Häuflein reicher Länder ... hat Monopole in unermeßlichen Ausmaßen entwickelte, bezieht Extra profite in Höhe von Hunderten Millionen, wenn nicht Milliarden, saugt die anderen Länder, deren Bevölkerung nach Hunderten und aber Hunderten Millionen zählt, erbarmungslos aus und kämpft untereinander um die Teilung der besonders üppigen, besonders fetten, besonders bequemen Beute. Eben darin besteht das ökonomische und politische Wesen des Imperialismus ...".

(Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", LW 23, S. 112, 1916, Hervorhebung im Original)

Wer den Kampf und die Aufmerksamkeit einseitig auf bestimmte

Institutionen, wie IWF und Weltbank lenkt, verhindert die notwendige Klarheit, daß die imperialistische Ausbeuterordnung die elenden Lebensverhältnisse der unterdrückten Völker systematisch hervorbringt und daß ein "Häuflein reicher Länder", eben vor allem die imperialistischen Großmächte, heute die USA, Westdeutschland, Japan, Frankreich, England, Sowjetunion, die Hauptnutznießer dieser Ordnung und die Hauptkontrahenten im Kampf um ihre Beute sind.

Wenn in der Anti-IWF-Kampagne in Westberlin IWF und Weltbank zu "Weltpolizisten" hochstilisiert werden, dann wird vor allem das ganze Ausmaß und die vielfältige Ausbeutung der unterdrückten Völker durch den "eigenen", den west-

deutschen Imperialismus verschleiert und dieser damit aus der Schußlinie genommen.

Gemäß der Triebkraft des Kapitals, dem Streben nach Maximalprofit, hat der westdeutsche Imperialismus natürlich mehrere Eisen im Feuer. Er beschränkt sich weder auf IWF und Weltbank, noch auf das Kreditgeschäft überhaupt, sondern schöpft aus dem ganzen Arsenal der imperialistischen Ausbeutungsmöglichkeiten. Charakteristisch für diese Politik des westdeutschen Imperialismus sind die folgenden Beispiele.

* Beispiel Brasilien

Brasilien ist eines der Länder, die am höchsten an die imperialistischen Großmächte verschuldet sind. Jährlich 10 Milliarden US-

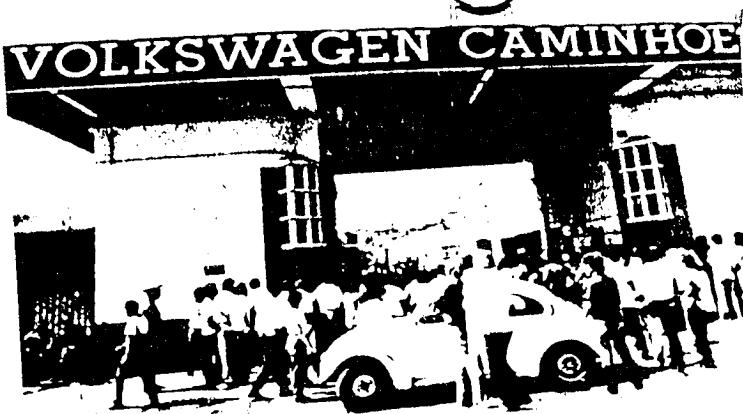
Dollar müßte das Land aufbringen, den größten Teil für Zinszahlungen, die Schuldentilgung ist minimal. Faktisch ist das Land zahlungsunfähig und die brasilianische Kompradorenbourgeoisie wälzt die Schulden auf das Volk ab. So hat sich die Zahl der Menschen, die weniger als den gesetzlich festgelegten Minimallohn erhalten, von 10 Millionen 1979 auf 20 Millionen 1985 ("Die Armut der Nationen", Altvater u.a., Westberlin 1988, S. 177, Lateinamerikanachrichten, Nr. 158, 4/87, S. 36) verdoppelt.

Von den niedrigen Löhnen (mehr als die Hälfte der Arbeiter verdienen höchstens das doppelte vom Minimallohn, etwa 200 DM monatlich) profitieren insbesondere die westdeutschen Imperialisten, denn die meisten großen westdeutschen Konzerne betreiben in Brasilien Tochterunternehmen oder Beteiligungen

z. B. VOLKSWAGEN ...



VW-Werk in Shanghai, VR China



VW-Werk in São Paulo, Brasilien



Volkswagen
Argentinia



VW-Werk in Argentinien

an einheimischen und anderen ausländischen Unternehmen. VW do Brasil ist der größte privatwirtschaftliche Betrieb Südamerikas und steht an der Spitze von 44 westdeutschen Konzernen, die mehr als 10 Milliarden US-Dollar ("Die Krauts erobern die Welt", Weber, Hamburg 1982, S. 139), im Land investiert haben.

Der westdeutsche Imperialismus arbeitet seit Jahren darauf hin, mit dem US-Imperialismus in Brasilien gleichzuziehen und ihn zu überholen.

Der westdeutsche Imperialismus lag mit seinen Auslandsinvestitionen 1975 schon an zweiter Stelle hinter den USA, während seine Beteiligung an internationalen Krediten für das brasilianische Kompradorregime vergleichsweise gering war: die westdeutschen Gläubigerbanken standen 1985 mit ihren Krediten nur an 6. Stelle, nach den USA, Japan, England, Frankreich und Kanada ("Lateinamerika", Evers u.a., Westberlin 1978, S. 107; "Geld für die Welt", Pater, Bornheim 1987, S. 89).

Das macht deutlich: die vorherrschende Form westdeutschen Kapitalexports nach Brasilien sind Direktinvestitionen. Die Vergabe internationaler Kredite z.B. über den IWF und die Weltbank, sind für ihn demgegenüber vergleichsweise von geringerer Bedeutung. Sie repräsentieren nicht die ökonomischen Möglichkeiten und auch damit nicht die wirkliche Bedeutung des westdeutschen Imperialismus in Brasilien.

* Beispiel Südafrika

In Südafrika ist alles versammelt, was im westdeutschen Finanzkapital Rang und Namen hat. Die westdeutschen Konzerne erreichen traumhafte Umsätze von geschätzten 10 Milliarden DM und ihre Profite, die sie durch Zahlung von Hungerlöhnen aus den vorwiegend schwar-

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD MORDEN AUCH IN PERU!



Peruanische Soldaten mit deutschen G-3 Gewehren ... und ihre Opfer:



250 revolutionäre Gefangene wurden am 19. und 20. Juni 1986 bei der Niederschlagung eines Aufstands in drei Gefängnissen von Lima ermordet. Willly Brandt unterstützte an Ort und Stelle Präsident Garcias Entscheidung zum Massenmord. "Wir stehen Ihnen zur Seite im Kampf gegen Gewalt und Not, im Kampf um sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung." (FR, 23.6.86) Zum Dank erhielt Brandt den peruanischen "Orden del Sol".

zen Arbeitern herauspressen, dürfte bei einer Mindestrendite von 15% und demnach 1,5 Milliarden DM jährlich liegen (FAZ, 13.6.1985).

Diese Ausbeutungsbedingungen werden durchgesetzt mit dem Terror des burischen Rassistenregimes, dessen Armee mit Gewehren von Heckler & Koch mordet; deren Poli-

Die Fäden der räuberischen Geschichte des deutschen Imperialismus sind nicht durchschnitten

++ Adolf Hitler verkündete 1932 der US-imperialistischen Konkurrenz in Südamerika:

"Hier (in Brasilien, AdV) werden wir ein neues Deutschland schaffen. Hier haben wir alles, was wir nötig haben." ("Der Auslandsdeutsche Beobachter, Hamburg, Nr.1, Mai 1932, S. 1)

Der Bankier Hermann-Josef Abs formulierte die Zielsetzung des deutschen, nun westdeutschen Imperialismus, der während des Hitlerfaschismus in Südamerika nicht wirklich Fuß gefaßt hatte, 1961 so:

"Aus finanziellen, aber mehr noch aus politischen Erwägungen wäre es falsch, den USA das Gebiet südlich vom Rio Grande ... allein zu überlassen." (Gaby Weber, "Krauts erobern die Welt", Westberlin 1982, S. 78)

Willy Brandt, 1968 Außenminister, erklärte auf einer Konferenz westdeutscher Botschafter in Südamerika mit Bezug auf die USA, daß man nicht länger eine Politik betreiben könne, "die von andern formuliert werde" (ebenda, S. 77)

Und das regierungamtliche Blatt "Die Welt" jubilierte bereits 1971 in der Schlagzeile:

"In Südamerika haben die USA keinen Führungsanspruch mehr." (Die Welt, 26.4.1971)

++ Die Kontinuität des deutschen Imperialismus findet ihren Ausdruck in den imperialistischen Zielen, in den faschistischen Methoden und in den Personen: Über den Werkschutz von VW do Brasil berichtete die Wochenzeitung "O Sao Paulo":

"...die Arbeiter (werden) in die Räume der 'Sicherheit' gebracht. Die Verhöre, die dort dann ablaufen, sind härter als auf einer Polizeiwache. ... Man vermutet, daß das Sicherheitssystem von Nazis und Kriegsverbrechern installiert wurde. ... Nach Auskunft des Gewerkschaftsführers Lula ist die 'Sicherheit' bei Volkswagen verglichen mit sämtlichen Betrieben der Branche, einem Polizeiapparat am ähnlichsten." (O Sao Paulo, 17.10.1983)

Das entspricht durchaus den Tatsachen, hatten doch mindestens 50.000 faschistische Kriegsverbrecher die Flucht nach Südamerika angetreten. Sie wurden von den faschistischen Kompradorenregimes und später auch von westdeutschen Konzernen nur allzu gern aufgenommen. Für VW do Brasil arbeitete Franz Paul Stangl, der ehemalige Kommandant des KZ Treblinka. In Argentinien fungierte Dr. Theiß, ehemaliger technischer Mitarbeiter der Gestapo als Berater und Organisator der Bundespolizei; in Bolivien leitete und plante der "Schlächter von Lyon", Klaus Barbi Machtübernahmen der Militärs; in Chile wurde Walter Rauff, der einstige Chef der fahrenden Gaskammern, von Pinochet zum Chefberater der "Behörde für antikommunistische Untersuchungen" berufen; Lufthansa in Brasilien engagierte Herbert Cukurs, der für die Vernichtung von 30.000 Juden aus dem Baltikum verantwortlich war und Adolf Eichmann war bis 1960 bei Daimler Benz in Argentinien angestellt (alle Angaben nach: Gaby Weber, "Krauts erobern die Welt", S.69)

zei Hubschrauber von MBB und Panzerfahrzeuge von Daimler Benz einsetzt zur Niederschlagung des anwachsenden revolutionären Kampfes der Bevölkerung Südafrikas. Neben der wichtigen strategischen Lage Südafrikas, sowie der reichen Rohstoffvorkommen, stellt Südafrika einen wichtigen Absatzmarkt für westdeutsche Produkte dar. Als im Verlauf der letzten Jahre Handel und Kredite für Südafrika besonders in den USA politisch immer schwerer durchzusetzen waren, sprang der westdeutsche Imperialismus in die Bresche. Er wurde nicht nur zum wichtigsten Warenlieferanten des Rassistenregimes (Tsp., 21.5.1988), sondern mausert sich auch noch zum wichtigsten Kreditgeber. Der politische Druck auf den US-Imperialismus im eigenen Land führte dazu, daß die USA im IWF ihr Veto gegen Kredite für Südafrika einlegten. An die Stelle der US-Banken, von denen sich einige aus Südafrika zurückzogen, traten westdeutsche Großbanken. Waren westdeutsche Großbanken 1979 noch an vier internationalen Anleihen im Werte von 140 Millionen DM beteiligt, stieg diese Beteiligung 1985 auf 14 Anleihen in einem Wert von über 2 Milliar-

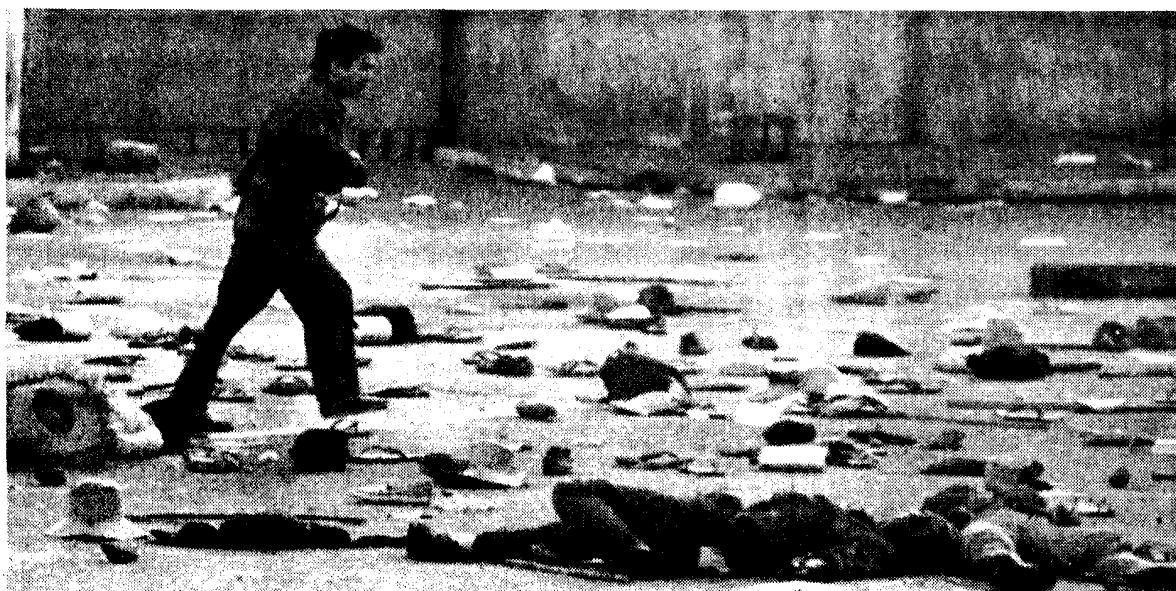
den DM ("Geld für die Welt", Pater, Bornheim, S. 117).

Das Beispiel Südafrika belegt, wenn es darum geht seinen Einfluß zu vergrößern, macht der westdeutsche Imperialismus jedes Geschäft - auch ohne und gegen den IWF.

* Beispiel Philippinen

Mit Macht dringt der westdeutsche Imperialismus auch in Gebiete, die bis dato als Terrain seiner imperialistischen Konkurrenten USA und Japan galten. Das gilt insbesondere für den pazifischen Raum, zu dem im Unterschied zu Südafrika oder Brasilien der westdeutsche Imperialismus keine traditionellen Verbindungen pflegte.

"Es ist unrealistisch anzunehmen, daß wir in absehbarer Zeit mit unseren Hauptkonkurrenten Japan und USA gleichziehen könnten, aber die deutsche Wirtschaft ist ... dabei, den notwendigerweise immer noch bestehenden Rückstand erheblich zu verringen. Meine Damen und Herren, wir haben den Fuß in der



Der Mendiola-Platz in Manila am 22. Januar 1987: übersät mit Leichen und Verletzten, nachdem die philippinische Armee das Feuer auf eine Großdemonstration von Bauern eröffnete, die gegen die Politik der Aquino-Regierung protestierten.

Tür.", so der CDU- Abgeordnete Kittelmann am 19.6.1986 im Bundestag.

Da sind z.B. die Philippinen. Die Bedeutung westdeutscher Konzerne ist eher gering, sie stellen nur ein Prozent des ausländischen Kapitals. Auch mit dem Handel ist es nicht weit her, da rangiert der westdeutsche Imperialismus an fünfter Stelle ("Geld für die Welt", Pater, Bornheim, S. 119). Und über Militärstützpunkte verfügt er dort auch (noch) nicht.

Als die Philippinen unter dem blutigen Regime des Ferdinand Marcos immer tiefer in die ökonomische Krise geriet, und die US-Banken, die zuvor das Kompradorenregime mit Milliardenkrediten beliefert hatten, reservierter wurden; als mit der ökonomischen Krise auch der politische Terror des Kompradorenregimes immer brutaler und immer mehr ausgeweitet wurde; als die revolutionären Kämpfe der Völker der Philippinen anwuchsen, sah der westdeutsche Imperialismus seine Chancen steigen. Er erhöhte den Einsatz seiner Mittel für die Finanzierung des Marcos-Regimes durch die Weltbank. Schon bald lag der westdeutsche Anteil an den Weltbank-Krediten für die Philippinen mit 21% über dem der USA (18%) und dem Japans (16%). Die westdeutschen Großbanken finanzierten ein Fünftel der philippinischen Auslandsschulden und verschafften sich damit eine Stellung, wo ohne oder gegen den westdeutschen Imperialismus nichts mehr geht. ("Geld für die Welt ...", S. 111)

Der Sturz Marcos veränderte nichts. Eben noch eifriger Unterstützer von Marcos, verwandelte sich der westdeutsche Imperialismus in einen ebenso eifrigen Unterstützer der Aquino-Regierung. Diese ließ alles beim alten, ein neues Kompradorenregime war aus der Taufe gehoben. Im Oktober 1986 bewilligte der IWF den inzwischen 19. Beistandskredit für das marode

philippinische Kompradorenregime, das ihn sich mit Lohnsenkungen, Massenentlassungen und der Unterdrückung von Arbeiterrechten und Forderungen der armen Bauern "verdiente".

Für das Vordringen des westdeutschen Imperialismus im pazifischen Raum und auf den Philippinen, wo ihm alte Verbindungen im größeren Ausmaß fehlen und die imperialistische Konkurrenz über die besseren Ausgangsvoraussetzungen verfügt, kommt seinen Geschäftsinteressen ein Instrument wie IWF und Weltbank besonders entgegen.

* Beispiel T ü r k e i

Die Türkei zählt mit einer Auslandsverschuldung von 26 Milliarden US-Dollar zu den zehn meistverschuldeten Ländern (Stand 1986). Als 1980 die Militärs die Macht übernahmen, lag das - einmal abgesehen vom Anteil westdeutschen Kapitals an IWF und Weltbank-Krediten in der Türkei - im ureigenen Interesse des westdeutschen Imperialismus.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie gehört neben den US-Imperialisten zu den Hauptausbeutern der Völker der Türkei. Sicherung der politischen Stabilität, Ruhe und Ordnung um jeden Preis, um ungestört die Ausbeutung der Arbeiter und der anderen Werktagen fortzusetzen und zu verstärken, um weiterhin die Rohstoffe auszuplündern und die Absatzmärkte auszudehnen, wenn es sein muß durch die Verschärfung der offen faschistischen Diktatur: das war das Kalkül des westdeutschen Imperialismus, das ihn zu einem der Drahtzieher des "Militärputsches" machte. Das faschistische Regime muß an der Macht gehalten werden, dafür erhält es von den westdeutschen Imperialisten alle 18 Monate 130 Millionen DM Militärhilfe. 1985 lieferten "deutsche Waffenschmieden" die Ausrüstung

(Fortsetzung auf S. 20)

Der Profit des westdeutschen Imperialismus - Ursprung des Elends der politischen Flüchtlinge

Der westdeutsche Imperialismus schafft gigantische Extraprofite in den abhängigen Ländern. Er treibt die unterdrückten Völker ins ökonomische Elend und unterwirft sie dem politischen Terror der jeweiligen Kompradorenregimes. Riesige Flüchtlingsströme sind international das zwangsläufige Ergebnis der menschenverachtenden Politik des westdeutschen Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte. Politische Flüchtlinge aus den abhängigen Ländern, in denen der westdeutsche Imperialismus mitentscheidend für die politischen und ökonomischen Ursachen von Massenflucht verantwortlich ist, sind auf jeder Station ihrer Flucht vom westdeutschen Imperialismus direkt und indirekt bedroht:

Politische Flüchtlinge aus dem Iran wollen dem faschistischen Kohmeini-Regime entkommen, das der westdeutsche Imperialismus als wichtigster Handelspartner unterstützt, oder wollen nicht das Kanonenfutter im ungerechten iranisch-irakischen Krieg abgeben, aus dem der westdeutsche Imperialismus durch Waffenlieferungen an beide Seiten Profit zog.

Das erste Ziel politischer Flüchtlinge aus dem Iran ist daher, erst mal weg aus dem Land, das weitere lässt sich dann oft in einem anderen Land besser organisieren. Es müssen illegal Papiere organisiert, Beamte bestochen werden ... Das kostet bis zu 5000 US-Dollar, die die Familie oder Freunde aufbringen müssen

"'Die türkische Regierung', sagt ein persischer Flüchtling in West-Berlin, 'hat ein gutes Verhältnis zum Iran. Einige sind schon über die Grenze geschickt worden, weil es ein Auslieferungsabkommen gibt'". (nach Stern, 24.7.1986) Für die Flüchtlinge bedeutete diese Auslieferung durch das faschistische Regime in der Türkei, für dessen Bestehen der westdeutsche Imperialismus mit die Hauptverantwortung trägt und zu dessen Hauptnutznießern er gehört, oftmals den Tod.

Eine Flucht aus der Türkei nach Westberlin kostete rund 4000 bis 5000 US-Dollar, für die meisten politischen Flüchtlinge eine unerschwingliche Summe - und selbst wenn sie sie aufbringen

konnten, gab es keine Garantie dafür, daß sie die Türkei tatsächlich verlassen konnten, weil sie oft genug an skrupellose Geschäftemacher und Betrüger gerieten. Mit der Not der politischen Flüchtlinge machte nicht zuletzt die staatliche DDR-Fluglinie Interflug lange Zeit gute Geschäfte. Aber dann winkte noch ein besseres. Auf Betreiben des westdeutschen Imperialismus und für die Gewährung von Millionenkrediten an die DDR, wurde den politischen Flüchtlingen der Weg nach Westberlin versperrt. Das pries die imperialistische westdeutsche Sozialdemokratie stolz als ihren, auch noch "billigen" Erfolg:

"SPD macht's möglich ... Die DDR stoppt den Asylanten-Transit. Diese Zusage kostet unserem Land keinen Pfennig !"
(Anzeige der Hamburger SPD)

An der Grenze, die in Westberlin auf den U- und S-Bahnhöfen der Linien "verläuft", die den DDR-Bahnhof Friedrichstraße anfahren, drohen den politisch Verfolgten Verhaftung und direkte Ausweisung, noch bevor sie einen Asylantrag gestellt haben.

Ist diese "Hürde" überwunden, geraten die Flüchtlinge in die menschenverachtenden, rassistischen und chauvinistischen Mühlen typisch deutscher Bürokratie.

Sie werden in Sammelunterkünfte gepfercht, die faschistischen Lagern gleichen und die sie einer preußischen Kasernenhofdisziplin unterwerfen. An dieser Art der Unterbringung verdienen dann auch noch skrupellose Profithaie, die nicht selten in Personalunion bürgerliche Politiker und korrupt sind: Für einen Tagessatz von 30 bis 34 DM (etwa 1000 DM pro Monat pro Kopf) werden in der westberliner Raschdorffstraße über 100 Flüchtlinge in verschiedenen Altbauwohnungen zusammengedrängt. Beteiligt an dem lukrativen Geschäft ist der ehemalige Wilmersdorfer Baustadtrat Jörg Herrmann, der sich in seinem Amt durch Bauunternehmer für die Vergabe von Aufträgen bestechen ließ (Volksblatt, 4.5.1988).

Dem politisch Verfolgten bleiben nur ein paar Mark Taschengeld pro Tag. Im Zusammenhang mit einem zweijährigen Arbeitsverbot bedeutet das, daß sich

der Asylbewerber notwendigerweise auf "illegal" Art und Weise Geld oder Lebensmittel verschaffen muß. Die Kapitalisten, die ihn unter diesen Bedingungen anheuern verfügen damit über rechtlose Arbeitssklaven, die sie jederzeit wieder los werden können.

Die politisch Verfolgten, besonders aus Asien und Afrika, werden dazu auch noch im besonderen Maße Opfer des deutschen Rassismus und Chauvinismus, der systematisch geschürt und verbreitet wird. Sie werden zu "Sündenböcken" für die zunehmende soziale Vereelung in Westberlin und Westdeutschland aufgebaut. - All das dient im Grunde der ideologischen Kriegsvorbereitung des westdeutschen Imperialismus.

Trotz freier Plätze in den üblichen Unterkünften wurden so z.B. im Sommer 1986 politische Flüchtlinge auf Sportplätzen und in Sporthallen untergebracht. Eine angeblich drohende Flutwelle von Asylsuchenden wurde von Senat und westdeutschem Innenministerium künstlich konstruiert und mit Hilfe der Massenmedien werbewirksam hochgepuscht. Überfälle auf diese Unterkünfte durch verhetzte Kleinbürger und faschistische Banden waren einkalkuliert und wohl auch die erwünschte Folge dieser regierungsmäßlichen Hetze, die auch das "Klima" für die Verhandlungen mit der DDR zur Schließung ihrer Grenzen bildete.

Diese chauvinistische Hetze bildete und bildet das notwendige Beiwerk für die weiteren Verschärfungen der Asylgesetzgebung und Asylpraxis.

Entsprechend dem Grundsatz, daß die Verankerung des Rechts auf Asyl im Grundgesetz als "gesetzestechnischer Mißgriff" (Korbmacher, Vorsitzender Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht in Westberlin, nach: Die Zeit, 8.8.1986) bezeichnet wird und Folter allein keinen Asylgrund darstellt (ebenda), haben politische Flüchtlinge ohnehin kaum eine juristische Chance Asyl zu bekommen, außer es entspricht gerade den politischen Interessen des westdeutschen Imperialismus, will heißen er kann aus diesen Flüchtlingen politisches Kapital schlagen.

Bei dem Versuch, dennoch ihre Asylanträge mit der Beteiligung an Aktivitäten zur Befreiung ihrer Heimat zu begründen, setzen sie sich der großen Gefahr aus, die westberliner und westdeutschen Behörden mit bis dahin unbekannten Informationen zu versorgen, die im Falle ihrer Abschiebung ins Heimatland durch Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten zur tödlichen Falle werden können.

"Das Asyl-Bundesamt ist der zugigste Ort, den Sie sich vorstellen könnten, in Bezug auf die Geheimhaltung von



Vor dem Gebäude der Ausländerpolizei in der Puttkamerstraße

Akten. Überspitzt gesagt, was das Bundesamt weiß, ist direktes Wissen auch für die Behörden des Irak und der Türkei" (Aus einem Urteil der 19. Kammer des Verwaltungsgerichts Westberlin vom 28.2.1983, nach Frankfurter Rundschau, 14.7.1983)

Einer jener tamilischen Flüchtlinge, die von Westdeutschland aus mit dem Schiff vergeblich nach Kanada zu flie-

hen versuchten, faßte seine Verzweiflung mit folgenden Worten zusammen, die zugleich auch eine Anklage gegen die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus an den politischen Flüchtlingen sind:

"Hier töten sie uns psychisch, wenn wir auf dem Schiff sterben, sterben wir alle zusammen, davor haben wir keine Angst." (nach TAZ, 1.6.1988)

(Fortsetzung von S. 17)

für eine Panzerdivision im Wert von 3,5 Milliarden DM (FAZ, 4.3.1985). Im Frühjahr 1986 wurde ein Abkommen zwischen der Türkei und dem westdeutschen Imperialismus zur Produktion von Tanks, Panzerwagen, Kriegsschiffen und Unterseebooten geschlossen (FAZ, 6.5.1986).

Im Haushaltsplan für 1987 waren zusätzliche 140 Millionen vorgesehen, um die versprochene Lieferung von Leopard-1-Kampfpanzern an die Türkei zu finanzieren. Darüberhinaus flossen etliche Millionen DM "Entwicklungshilfe" in den Ausbau der Infrastruktur, wie des Eisenbahnnetzes und des Kommunikationssystems. Hinzu kommen diverse Fabriken zur Herstellung und Wartung militärischer Güter.

Ende Januar 1987 veröffentlichte die rechte türkische Tageszeitung "Tercüman" ein Interview mit Hauptmann Weygold von der GSG 9, der stolz auf die blendende Zusammenarbeit war, die er seit 1980 mit türkischen Soldaten durchführt. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr zwei auf Anti-

Terrorismus spezialisierte Kommandoeinheiten der türkischen Gendarmerie bei der GSG 9 ausgebildet worden sind. (TAZ, 26.6.1987) Diese werden in der Türkei "schwarze Käfer" genannt, da sie ihr Gesicht schwarz bemalen, um nicht erkannt zu werden. Diese "schwarzen Käfer" werden vornehmlich in Kurdistan gegen die Guerrilla eingesetzt und haben sich durch ihre brutalen Überfälle auf kurdische Dörfer einen verhaßten Namen gemacht.

Niederschlagung von Massenstreiks und das Verbot der Gewerkschaften, Verfolgung antiimperialistischer und antifaschistischen Massenbewegungen, die Zerschlagung aller revolutionären Organisationen, verstärkte Ausbeutung der Volksmassen, das war und ist das Programm des westdeutschen Imperialismus und der faschistischen Kompradorenbourgeoisie in der Türkei.

Schon diese wenigen Beispiele machen deutlich:

Der westdeutsche Imperialismus ist ein internationaler Blutsauger und Verbrecher an den Völkern der Welt!

Den westdeutschen Imperialismus als Großmacht bekämpfen!

Revisionistische, aber auch autonome und "antiimperialistische" Gruppen haben gemeinsam, daß sie der Vorstellung nachhängen, der westdeutsche Imperialismus bewege

sich im Windschatten des US-Imperialismus und sei bloß Teilhaber an dessen Beute, eine Vorstellung, die sich großer Beliebtheit erfreut, die aber nichts destowenig

ger falsch ist. Dieses Bild entspricht dem imperialistischen Kräfteverhältnis der fünfziger Jahre und hat längst seine Gültigkeit verloren.

Als Beleg für dieses verzerrte und falsche Bild wird innerhalb des Anti-IWF-Kampagne die Tatsache gewertet, daß der US-Imperialismus beim IWF und in der Weltbank-Gruppe mit jeweils rund 20% über die größten Stimmanteile verfügt, während auf andere imperialistische Länder, wie Westdeutschland oder England, zwischen 5 und 6% entfallen.

Dabei wird übersehen, daß die Stimmverhältnisse innerhalb von IWF und Weltbank aufgrund der Situation, in der diese vor rund 40 Jahren gegründet wurden, ihre Besonderheiten aufweisen und nicht identisch sind mit den heutigen realen Kräfteverhältnissen zwischen den großen imperialistischen Ländern.

Sie sind schon gar kein Beweis dafür, daß zwischen diesen großen imperialistischen Ländern qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer Rolle bei der Ausplünderung der unterdrückten Völker und in ihrem Streben nach Einflußsphären überhaupt bestehen:

"... für den Imperialismus (ist) wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie".

(Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1917, LW 22, S. 273)

Der westdeutsche Imperialismus ist längst aus dem Windschatten des US-Imperialismus herausgetreten und gehört wieder zu der Handvoll imperialistischer Großmächte. Auf qualitativ gleicher Ebene wie der US-Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus, der japanische, der englische oder der französische Imperialismus, hat er sich weltweit im Waren- und Kapitalexport ökonomische Positionen erobert, politisch seine Fäden gesponnen, militärisch sich immer

weiter vorgewagt, festigt und erweitert selbständig und in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten seine Einflußsphären.

Stalin zur Nachkriegsentwicklung des deutschen Imperialismus

Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaffnet werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist allbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt.

(J. Stalin, "Über den Großen Vaterländischen Krieg", 6. November 1944)

Die westdeutschen Imperialisten liegen weltweit auf dem ersten Platz beim Warenexport und verfügen über den größten Handelsüberschuß. Sie besitzen nach Japan die zweitgrößten Devisenreserven (SZ, 9.3.1988), hatten 1985, nach der offiziellen Statistik 131 Milliarden DM im Ausland investiert (TAZ, 18.3.1987). Über 1,5 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in anderen Ländern stehen unter dem Kommando des westdeutschen Kapitals ("Die dritte Welt in der Schuldenkrise", IMSF, S. 279). Das Gesamtvermögen im Ausland nähert sich der Grenze von 1 Billion DM (ebenda), wobei westdeutsche Firmen mehr in den USA investiert haben, als umgekehrt.

Allein die Kredite in den abhängigen Ländern betragen 150-200 Milliarden DM, sie machen allerdings

nur einen Bruchteil der gesamten Auslandskredite aus.

Gestützt auf diese enormen ökonomischen Potenzen hat sich der westdeutsche Imperialismus politisch starken, teilweise sogar vorherrschenden Einfluß verschafft, sowohl in abhängigen Ländern wie der Türkei, Südafrika, Brasilien oder den Philippinen als auch in kleineren imperialistischen Ländern wie Österreich oder den Niederlanden, wobei er überall alte Verbindungen aus der Zeit des Hit-

lerfaschismus ausnutzt und ausbaut.

Der westdeutsche Imperialismus verfügt über die drittstärkste Armee der Welt, ausgerüstet mit dem modernsten Kriegsgerät, das er weltweit exportiert und das z.B. im Krieg Iran/Irak bereits erprobt wurde. Er besitzt bereits faktisch die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die er mittels des Atomprogramms auch in eigener Regie produzieren kann.

Der westdeutsche Imperialismus ist der direkte Nachfolger des Hitlerfaschismus und trachtet nach Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Seine Bundeswehr, die Tradition und Geist der faschistischen Wehrmacht fortsetzt, führt Militärmanöver in aller Welt durch, sie übt den Krieg und bereitet sich so systematisch auf lokale und weltweite imperialistische Eroberungskriege zwecks Neuaufteilung der Welt vor. Er bereitet sich selbstständig auf den Krieg vor, was Kooperation mit anderen imperialistischen Ländern nicht ausschließt. Der westdeutsche Imperialismus verfolgt seine Ziele mit besonderer Aggressivität, um "den Platz an der Sonne" (Wilhelm II.) zu erobern.

Allein diese Tatsachen beweisen: Der westdeutsche Imperialismus ist ökonomisch, politisch und militärisch eine aggressive und gefährliche imperialistische Großmacht, die qualitativ auf der gleichen Stufe wie der US-Imperialismus oder der sowjetische Sozialimperialismus seine mörderischen Geschäfte auf der ganzen Welt betreibt.

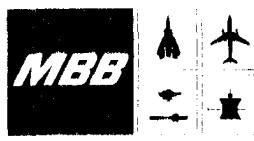
Die Geschichte lehrt, daß dies bereits zu zwei großen Raubkriegen geführt hat, die vom deutschen Imperialismus ausgingen. Eine solche Entwicklung gilt es aufzuhalten, und zu beenden. Dies kann überhaupt nicht geschehen, wenn man den westdeutschen Imperialismus verharmlost, das Hauptaugenmerk von ihm ablenkt und ihn nicht

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS IST SEIT LANGEM EIN FÜHRENDER WELTWEITER WAFFENEXPORTEUR

Beispiel MBB-Hubschrauber BO 105: Lieferungen seit 1975 bis heute an Iran, sowie an Chile, Kolumbien, Mexiko, Irak u.a.m.; Lizenzherstellung auf den Philippinen seit 1975



El helicóptero militar BO 105.



Participante en programas Internacionales

Para informaciones futuras acuda a su distribuidor
Mitsubishi-MBB - Brésil, Géorgie
Distribuidor: Agencia de Venta Directa
Paseo de la Castellana, 100
28040 Madrid

- Dos turbinas, doble hidráulica.
- Buena potencia también con un solo motor.
- Insuperable manejabilidad.
- Excelentes reservas de potencia en misiónes de largo alcance.
- Gran estabilidad.
- Depósitos de combustible contrachoque.
- Reducción mantenimiento.

MBB-Werbung in Lateinamerika

als Hauptzielscheibe des antiimperialistischen Kampfes betrachtet.



Westdeutsche "Schnelle Eingreiftruppe" bei der Landung in Italien

Ohne Kampf gegen den „eigenen“ Imperialismus kein Kampf zur Zerschlagung des imperialistischen Weltsystems

Die Haltung zum "eigenen", zum westdeutschen Imperialismus ist in mehrerer Hinsicht die Kernfrage nicht nur jedes wirklichen antiimperialistischen Kampfes, sondern eine Grundfrage der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Westberlin. Wie sonst können die Arbeiterinnen und Arbeiter den revolutionären Klassenkampfes gegen den fluchbeladenen deutschen Imperialismus aufnehmen, wenn sie es nicht lernen, auf die tagtägliche Ausbeutung und Unterdrückung des westdeutschen Kapitals und seines Staates unversöhnlich zu reagieren und den Kampf der unterdrückten Völker, die vom "eigenen" Kapital ausgebeutet und unterdrückt werden als notwendig zu unterstützende Hilfe und Bestandteil im Kampf

gegen den westdeutschen Imperialismus zu begreifen.

Wie sonst kann die Initiative und Perspektive gewonnen werden, mit der gewaltsamen Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution den maximalen Beitrag zum Sturz des gesamten imperialistischen Systems zu leisten.

Beginnt die Arbeiterklasse revolutionär zu denken, so muß sie zugleich beginnen international zu denken. Denn die Revolution im eigenen Land, ist vor allem das Ergebnis der weltweiten Widersprüche des imperialistischen Systems, trotz der unbestreitbaren historischen und gegenwärtigen Besonderheiten, die

ihre Entwicklung beeinflussen.

Dies gilt im Kern für alle Länder, ist aber im Kampf gegen eine imperialistische Großmacht, mit der Vorgeschichte der Anstiftung zweier imperialistischer Raubkriege Grundbedingung jedes revolutionären Schritts vorwärts.

Westdeutsches Kapital beutet nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter hier aus, zusätzlich noch über zwei Millionen, die aus Not ihre Heimatländer verlassen haben, sondern es tritt auch gestützt auf den westdeutschen Staat als Blutsauger der Völker in allen fünf Erdteilen auf.

Da der westdeutsche Imperialismus in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Großmächten steht, versucht er - nicht ohne Erfolg - durch eine Kette aufeinanderabgestimmter Maßnahmen, die einheitliche Bevölkerung an sich zu binden. Mit der Faustformel: "die Ausbeutung anderer Völker bringt auch unseren Werktätigen Nutzen", die je nach dem anzusprechenden Teil der Bevölkerung in der Propaganda mehr oder weniger offen verbreitet wird, versehen mit sozial klingenden Begründungen wie "Entwicklungshilfe" etc. Dabei arbeitet der westdeutsche Imperialismus mit einer Fülle real existierender Vergünstigungen im Vergleich zu den Werktätigen der abhängigen Länder - ob die Tasse Tschibo-Kaffee oder das Billighemd aus den asiatischen Ländern.

Vor allem aber mit der wirklichen Bestechung einer besonderen Schicht in der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, versucht der westdeutsche Imperialismus mit ihrer Hilfe und das nicht ohne Erfolg, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung an die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker zu binden.

Vor dieser Tatsache einfach die Augen zu verschließen oder sie zu bestreiten, daß hieße, einer der wesentlichen aber nicht unüber-

Lenin über die Arbeiteraristokratie

(aus dem Vorwort zu: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus")

Es ist eben der Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten geschichtlichen Stadium, d.h. dem Imperialismus, eigen sind. Wie in der vorliegenden Schrift nachgewiesen ist, hat der Kapitalismus jetzt eine Handvoll (weniger als ein Zehntel der Erdbevölkerung, ganz "freigiebig" und übertrieben gerechnet, weniger als ein Fünftel) besonders reicher und mächtiger Staaten hervorgebracht, die durch einfaches "Kuponschneiden" - die ganze Welt ausplündern. ... Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen Extraprofit (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres "eigenen" Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der "fortgeschrittenen" Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und

windlichen Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution nicht ins Auge zu sehen.

Selbst frei werden, das kann die Arbeiterklasse, das kann die Mehrheit der Bevölkerung eines imperialistischen Unterdrückerlandes niemals, wenn sie nicht radikal alle und sämtliche Stricke und Ketten zerschlägt, durch die andere Völker unterdrückt werden.

"Ein Volk, das andere unterdrückt, kann nicht frei sein." (Marx-Engels)

indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der "Arbeiteraristokratie", in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspielt, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schermacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der "Versailler" gegen die "Kommunarden".

Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.

Unmittelbares Ziel der proletarischen Revolution in Westberlin (und erst recht in Westdeutschland) ist daher nicht nur der Sturz des Kapitals und schließlich seine restlose Enteignung, sondern auch die umißverständliche programmatiche Aussage, daß sämtliche Kapitalien des westdeutschen Imperialismus in anderen Ländern, den Völkern dieser Länder gehören.

So richtig es nach dem Sturz des Hitler-Faschismus war, daß die Völker der Welt das deutsche Volk für die Verbrechen mitverantwort-

lich machten, so richtig ist auch heute: die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westberlin bzw. in Westdeutschland müssen sich mitverantwortlich für die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus fühlen, solange sie ihn nicht gestürzt haben. Schon Marx und Engels haben für das sozialistische Proletariat im damaligen Deutschland klar gefordert, daß jede zukünftige Regierung des siegreichen Proletariats seine Herrschaft weder ausüben noch festhalten kann,

"ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen".

(Engels, "Der Sozialismus in Deutschland", MEW 22, S. 253)

Der Chauvinismus, die angebliche Interessengleichheit mit den eigenen Ausbeutern, die Überheblichkeit gegen den "Rest der Welt", ist ein tödliches Gift, die jede revolutionäre Entwicklung unmöglich macht, auch und gerade in den Reihen der Arbeiterklasse.

Die Linie für die Revolution im eigenen Land kann nur richtig sein, wenn sie sich nicht im Interesse der eigenen "Heimat", der Grenzen des eigenen Landes abschließt. Im Gegenteil müssen, unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Lage des eigenen Landes, die Interessen der proletarischen Weltrevolution zum Angelpunkt gemacht werden. Ohne die Erfüllung dieser Forderung ist der proletarische Internationalismus eine hohle Phrase.

"Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos

allen Ländern."

(Lenin, "Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", 1917, LW 24, S. 60, Hervorhebungen im Original)

Diese bedeutet für die imperialistischen Länder: die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, Aufbau des Sozialismus mit dem Ziel des Kommunismus.

Diese bedeutet für die unterdrückten Völker in den vom Imperialismus abhängigen Ländern: die Durchführung der antiimperialistisch-antifeudalen Revolution der Volksmassen unter Führung des Proletariats, die gewaltsame Zerschlagung des Staates der Kompradoren und Grundherren, die Erringung der Unabhängigkeit vom Imperialismus, die Errichtung der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern als Etappe zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus.

Eine solche Linie zu erarbeiten, gestützt auf die Theorie des Marxismus-Leninismus und diese gegen alle opportunistischen und revisionistischen Verfälschungen zu verteidigen, ist heute eine vorrangige Aufgabe der Marxisten-Leninisten in einem jeden Land.

"Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialis-

mus und der proletarischen Revolution." (Stalin)

Sobald die Theorie des Marxismus-Leninismus, die Verallgemeinerung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung die Massen ergreift, wenn real das feste Bündnis der proletarischen Revolution in den imperialistischen Ländern mit der vom Proletariat geführten antiimperialistischen Revolution in den abhängigen Ländern geschmiedet wird, dann entstehen dem Imperialismus und Sozialimperialismus tödliche Waffen.

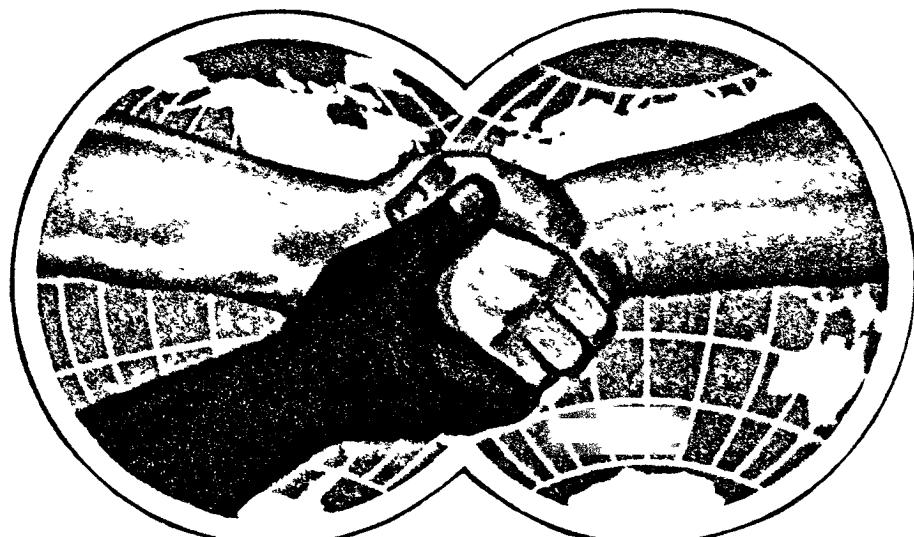
Geschlagen durch die Revolution in einem jeden Land als Bestandteil des Prozesses der proletarischen Weltrevolution, wird das imperialistische Weltsystem schließlich vernichtet und damit jene Ordnung, die Ausbeutung und Unterdrückung für die Völker der Welt bedeutet.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINT EUCH !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION !



Kein siegreicher Kampf gegen den Imperialismus ohne Kampf gegen den Opportunismus!

In der ganzen Kampagne gegen die IWF- und Weltbank-Tagung haben Auffassungen die Oberhand, die im antiimperialistischen, manchmal revolutionären Gewande auftreten, aber bei Licht besehen weder das eine noch das andere sind.

Die Übergänge von reformistischen und proimperialistischen Auffassungen zu "autonomen" und "antiimperialistischen" sind dabei fließend. Dies kommt nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß die

Autonomen die Reformisten zur Teilnahme an der Anti-IWF-Kampagne, egal welcher Linie sie folgen und wie sie sich verhalten werden, "auf's schärfste begrüßen" (s. "Aufruf der Autonomen"), wobei die Ursache für die Anbiederrei vor allem in übereinstimmenden und sich nahestehenden Grundhaltungen zu suchen ist, trotz unterschiedlichen praktischen Verhaltens gegenüber staatlicher Repression.

Reformistische Konzepte eines „gerechten“ Imperialismus

Seit Beginn der ganzen Anti-IWF-Kampagne werden eifrig diverse "Konzepte", "Erklärungen" und "wissenschaftliche Untersuchungen" verbreitet, die nur eines im Sinn haben: die Verschuldung der abhängigen Länder, die wie ein Mühlstein auf dem Rücken der unterdrückten Völker liegt, zu beheben, ohne das Übel an der Wurzel zu packen, ohne den Imperialismus von Grund auf zu bekämpfen. Angeblich sei mit derlei Rezepten der Imperialismus zu reformieren.

"In diesem Sinne ... ist die Forderung nach Streichung der Schulden ein zentraler strategischer Ansatz", erläutert der Grüne Lutger Vollmer "diesseits von romantischer Revolutionsschwärmerei" ("Soll und Haben", Altvater u.a., S. 153)

Und AL-Abgeordnete wie Volker Härt

tig setzen zu diesem Zweck darauf, "internationale Organisationen" wie IWF und Weltbank "in demokratische Form" (Positionspapier in TAZ, 26.4.1988) zu bringen.

Der revisionistische DDR-Ökonom Thomas Friedländer eilt unserem Grün-Alternativen zu Hilfe, wenn er ausmacht, daß

"realistische Kreise einzelner kapitalistischer Staaten erkennen, daß die Schuldenregulierung nicht wie bisher fortgesetzt werden kann." (Die Dritte Welt in der Schuldenkrise", ISMF, S.63)

Von "autonomer" Seite wird weiterhin zugestanden, daß all dies "kurzfristig" ja funktionieren könnte, nur "langfristig" sehe es anders aus, andere "jedoch nichts" (siehe "Aufruf zu den Aktionstagen

westberliner autonomer Gruppen").

Doch dieser ganze Streit um "kurzfristige" oder "langfristige" Lösungen, "Realismus" oder "Revolutionsschwärmerei" erweist sich bei naher Ansicht als Scheinkampf um die Möglichkeit eines "gerechten" Imperialismus und darüberhinaus als Widerspiegelung einer von den Imperialisten vorgenommenen Abwägung von Profitinteressen. Wenn die immens hohen Schulden der abhängigen Länder andere profitable Geschäfte stören - und Kredite sind bei weitem nicht die einzige Form der Ausbeutung der unterdrückten Völker - sind die Imperialisten durchaus geneigt, in bestimmten Fällen und unter bestimmten Umständen über Schuldentrichungen nachzudenken, wenn z.B. die Zinszahlungen die Kreditsumme überstiegen haben. Dies gilt auch und gerade für den westdeutschen Imperialismus, der danach strebt, im imperialistischen Konkurrenzkampf an Boden zu gewinnen. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade im Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus derlei reformistische Konzepte großen Widerhall bis in die Bourgeoisie hinein finden.

Hier eine Einsichtsfähigkeit der Kapitalisten ausmachen zu wollen, ist Demagogie, die nur eines im Auge hat, die Volksmassen zu

betrügen, ihnen Sand in die Augen zu streuen. Die reformistische Seifenblase platzt jedoch, trifft sie auf die Realität. Und diese Realität ist der Profit. Um ihn zu realisieren, haben die Kapitalisten schon gewaltige Kriege vom Zaun gebrochen, Hungersnöte produziert, ein millionenfaches Flüchtlingselend verursacht. Es zeugt nicht einfach von politischer Blindheit, sich vorzustellen, die Kapitalisten würden in einem wirklich empfindlichen Umfang auf Profit verzichten, solange sie noch die Chance zu ihrer Bereicherung sehen. Nein, derlei Konzepte sind direkte Propaganda gegen den antiimperialistischen Kampf, Illusionsmacherei ersten Ranges, die nur im Schilde führen, die revolutionäre Sprengung des Systems zu verhindern. Einen Ausweg auf der Basis des herrschenden imperialistischen Systems, ohne die Grundlagen der Profit- und Krisenwirtschaft anzutasten, kann es nicht geben. Die Idee einer "Reform" des Imperialismus ist eine Waffe in der Hand der Bourgeoisie, mit der sie die Arbeiterinnen und Arbeiter und die unterdrückten Völker desorientiert, sie politisch an den Imperialismus bindet. "Reform" des Imperialismus bedeutet ideologisch die Propaganda für die Einheit mit der Bourgeoisie und muß sich politisch zwangsläufig als konterrevolutionär erweisen.

Das Märchen von der „Unabhängigkeit der 3. Welt“

Einer der Hauptanklagepunkte gegen IWF und Weltbank lautet,

"... daß es bei der Politik des internationalen Schulden- und Krisenmanagements von IWF, Weltbank, Gläubigerkartellen und westlichen Regierungen vor allem darum geht, politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Länder der '3.Welt' auszuüben, um sie zunehmend in das System des 'freien Weltmarktes' einzuglied-

ern und ihnen damit jede Möglichkeit der eigenständigen Entwicklung zu nehmen." (AL-Flugblatt zur IWF- und Weltbank-Tagung, Hervorhebungen von uns)

Hinter den Positionen von der "Unabhängigkeit der Länder der '3.Welt'", die weit über die AL und die modernen Revisionisten hinausreichen, verbirgt sich ein Bild von diesen Ländern, daß sie

die koloniale Abhängigkeit überwunden hätten und zunehmend wieder in imperialistische Abhängigkeit gerieten. Aber wirkliche Unabhängigkeit hat es für diese Länder - von kurzfristigen Ausnahmen abgesehen - nie gegeben. Sie waren immer in das System der "freien Marktwirtschaft", sprich

des Imperialismus eingewängt. Ihre Unabhängigkeit war und ist formal.

In Wirklichkeit hat der Imperialismus ein Netz weltweiter politischer und finanzieller Versklavung errichtet, das gerade auch diese abhängigen Länder umfaßt.

FRÜHER DEUTSCHE KOLONIE - HEUTE FORMAL UNABHÄNGIG



Das schwarze Dreieck:
der Nabel Afrikas



Kamerun-Präsident Paul
Biya, 55 Jahre alt

In zwei Tagen erwartet Berlin den Besuch eines Staatsmannes, dessen Land doppelt so groß wie die Bundesrepublik ist und das am Wochenende Abschied von den 1700 Opfern einer Naturkatastrophe genommen hat: Es ist der 55jährige Kamerun-Staatspräsident Paul Biya. In seiner Heimat werden 230 Sprachen gesprochen, leben Pygmäen in Liane-Hütten, schnückt ein Elefantenbulle die Geldscheine, waren Krabben die Taufpaten für einen Namen, der weltweit einen guten Klang hat

Der Nabel Afrikas: Hier lernen so viele Kinder Deutsch wie sonst nirgendwo auf dem heißen Kontinent



Szenen aus deutscher Kolonialzeit:
Ein Elementar-Brunnen in Kamerun

Das Land, das sich für seine Zukunft das Beste vom Besten in der Welt kauft

Das Land, das immer zahlungsfähig ist – und in uns besonders gute Kunden hat

Ein Blick auf die Karte von Afrika macht deutlich, warum Kamerun liebevoll „der Nabel Afrikas“ genannt wird: Der dreieckförmige Staat liegt genau da, wo Afrika Taille zeigt – wo sich Afrikas Bauch weit in den Atlantik hinauszustrecken beginnt. Rainer Wagner besuchte für die BZ den Staat, der gerade die mehr als 1700 Opfer der Vulkangas-Katastrophe betrauert und dessen Staatschef Paul Biya mit Ehefrau Jeanne Irene am Mittwoch Berlin besucht.

Deutscher Botschafter zur BZ: Kamerun ist gesund.

(BZ, 1.9.86)

Aufgrund des Kampfes der unterdrückten Länder gegen den Kolonialismus, ersetzten die Imperialisten die direkte koloniale Unterwerfung durch den Neokolonialismus. Heute stützen sich die imperialistischen Mächte in diesen Ländern auf eine mit ihnen untrennbar verbundene Kompradorenbourgeoisie und auf die Großgrundbesitzer, auf faschistische Cli-



Das doppelte Joch der Imperialisten und der Kompradoren lastet auf den Völkern Afrikas.

quen, die die einheimischen Interessenverwalter der Imperialisten sind.

Die unüberbrückbaren Klassengegensätze zwischen Arbeiter, Landarbeitern, armen Bauern, der Ausgebeuteten und Unterdrückten überhaupt auf der einen Seite und der Kompradorenbourgeoisie und der Großgrundbesitzer auf der anderen Seite, werden zugekleistert und

FRÜHER DEUTSCHE KOLONIE - HEUTE FORMAL UNABHÄNGIG

Togo will nicht mehr gegen die Bundesrepublik stimmen

LOME, 8. Mai (dpa). Togo will künftig keine Resolution mehr unterstützen, in der der Bundesrepublik militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika vorgeworfen wird. In einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur sagte Präsident Eyadema, der UN-Botschafter Togos habe bei der letzten Vollversammlung ohne Rücksprache mit seiner Regierung für eine entsprechende Entschließung votiert.

(FAZ, 8.5.78)

die "Einheit" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten propagiert, wenn alles reduziert wird auf den "Gegensatz zwischen Gläubiger- und Schuldnerländer", "3. Welt und Industrieländer" etc.

Es kann nicht im mindesten "fort-

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERTHÖCHSTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 15

Juni 1980

DM 2,50

zum "Vorschlag" der KP Chinas "zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", 1963:

DIE ERFORDERNISSE EINER INTERNATIONALEN MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GENERALLINIE.

Teil V

KRÄFTE DER INTERNATIONALEN KONTERREVOLUTION

-EINE DISKUSSIONSGRUNDLAGE-

GEMEINSAME STELLUNGNAHME DER REDAKTIONEN VON

ROTE FÄHNE
(ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH'S)

WESTBERLINER KOMMUNIST
(ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTBERLINS)

GEGEN DIE STRUMUNG
(ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTDEUTSCHLANDS)

schrittlich" sein, wenn dieser oder jener Kompradorenbourgeois gegen die schwindelerregenden internationalen Bankschulden wettert. Damit sollen vor allem die Volksmassen dieser Länder hinter das Licht geführt werden. Wirklicher Kampf gegen den Imperialismus bedeutet,

"jenen Betrug aufzudecken und anzuprangern, den die imperialistischen Mächte systematisch begehen, indem sie scheinbar politisch unabhängige Staaten schaffen, die jedoch wirtschaftlich, finanziell und mi-

litärisch vollständig von ihnen abhängig sind."
(Lenin, "Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage", 1920, LW 31, S. 138)

Die Auffassung von den "unabhängigen Ländern der 3. Welt" beschönigt die wirkliche Versklavung durch den Imperialismus, untergräbt den Kampf der unterdrückten Völker gegen ihre "eigenen" herrschenden Klassen und sabotiert die notwendige Unterstützung dieses Kampfes durch die Arbeiter, Arbeiterinnen und Werktätigen der imperialistischen Länder.

Ohne Kampf gegen den Sozialimperialismus kein wirklicher Antiimperialismus

Es kommt nicht nur den modernen Revisionisten der SEW, sondern auch Kräften aus dem "autonomen und antiimperialistischen Spektrum" sehr entgegen, daß die UdSSR wie auch die DDR nicht Mitglied im IWF und in der Weltbank sind. Klar, wer IWF und Weltbank quasi als "Weltpolizisten" oder als Instrumente der "Großmacht USA" betrachtet, kann in der Nichtmitgliedschaft auch einen Beleg für die angebliche antiimperialistische Haltung des sowjetischen Sozialimperialismus sehen oder ihn als Bündnispartner begrüßen.

Abgesehen davon, daß es heute ein offenes Geheimnis ist, daß die UdSSR ihren Beitritt zu IWF und Weltbank anstrebt und bekanntlich Polen und Ungarn bereits Mitglieder sind, ist die heutige Sowjetunion ein nicht weniger gefährlicher und profitgieriger Räuber und Ausplünderer der unterdrückten Völker als die US-Imperialisten oder die westdeutschen Imperialisten.

Nur geschieht dies beim sowjetischen Sozialimperialismus unter der Maske des Sozialismus.

Nach dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten in den 50er Jahren, die die sozialistischen Politik der Sowjetunion Lenins und Stalins verraten haben, wurde die Herrschaft einer neuen Klasse von Bourgeois und Reaktionären errichtet, die ihre Diktatur über die Arbeiter und Werktätigen ausübt.

In typisch imperialistischer Manier beutet die heutige Sowjetunion koloniale und abhängige Länder aus, zum Beispiel indem sie billige Rohstoffe erhält und teure Fertigprodukte an diese Länder verkauft. Fast die gesamte Baumwolle muß Afghanistan z.B. an die Sowjetunion verkaufen (Verträge mit anderen Ländern wurden 1978 nach dem Putsch im März gekündigt). Die Verträge mit der Sowjetunion sehen langfristige Festpreise vor. Die Fabriken in Afghanistan müssen sich auf die Herstellung einfacher Baumwollprodukte beschränken, die dann in der Sowjetunion verarbeitet werden und als sowjetische Produkte wieder nach Afghanistan exportiert werden. 1980 bezahlte die Sowjetunion für 1000 cbm Erdgas nur 80 US-Dollar an Afghanistan, während sie

für die gleiche Menge an den Iran 130 US-Dollar zahlte und der Weltmarktpreis sogar bei 160 US-Dollar lag. Das Gesamtvolumen des imperialistischen Warenhandels der Sowjetunion betrug 1985 immerhin 11,4 Milliarden US-Dollar (DIW, Wochenbericht, 22/86, S. 276). Kredite werden an abhängige Länder in größerem Umfang gegeben. Ägypten zum Beispiel hat über 3 Milliarden US-Dollar Schulden bei dem sowjetischen Sozialimperialismus (TAZ, 9.5.1988), Kreditmittel in größerem Umfang fließen z.B. in die indische Stahlproduktion, wobei genaue Zahlen zumeist geflissentlich geheim gehalten werden. Der sowjetische Sozialimperialismus ist die Macht hinter der faschistischen Militärdiktatur in Äthiopien und unterstützt deren barbarischen Völkermord an den unterdrückten Völkern und Nationalitäten, deren Einverleibung Eri-

treas und ihren systematischen Völkermord an den Volksmassen Eritreas. Direkte militärische Interventionen wie in Afghanistan, die dazu mit Methoden durchgeführt wurden, die auch schon zum Repertoire des Hitler-Faschismus gehörten und denen des amerikanischen Imperialismus während des Vietnam-Krieges gleichen, oder indirekte wie in verschiedenen Länder Afrikas oder Südostasiens finden statt, um mehr Einflußgebiete an sich zu reißen. Wie sagte der Sowjetdiplomat Falin 1980 so treffend, die sozialimperialistische Politik aufzeigend: "Die einen schicken Truppen, die anderen stellen Transportflugzeuge. Warum dürfen wir in Afghanistan nicht tun, was uns die USA in Zaire vorgemacht haben?" (Stern, Nr.6/1980)

Die Sowjetunion ist schon lange eine räuberische, blutige, imperialistische Großmacht. Dies zu verschweigen, wie es in der Anti-IWF-Kampagne gang und gebe ist oder sie gar als "sozialistisch" oder als Bündnispartner der Völker und sei es in der Form des "kleineren Übels" zu preisen, heißt nicht nur dem modernen Revisionismus zu verstärktem Einfluß zu verhelfen, sondern sich zum Komplizen der sowjetischen Sozialimperialisten zu machen.

Für einen wirklichen Antimperialisten ist die Liaison mit dem sowjetischen Sozialimperialismus unentschuldbar, denn antimperialistischer Kampf kann sich nur gegen alle imperialistischen Kräfte und Feinde richten, gegen das System des Weltimperialismus, zu dessen Bestandteil die ehemals sozialistischen Länder, wie UdSSR, DDR, China etc. längst wieder geworden sind.

PROLETARIER ALLEN LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLEN LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VOLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 41 Oktöber 1987 4 DM

Der Kampf zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus

erfordert die Auseinandersetzung mit der RAF!

10 Jahre ist es her daß in der Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem Staat des westdeutschen Imperialismus nach der Ankündigung „alle Stunde einen Gefangen zu erschießen“ (Spiegel 36/87) schließlich die damals führenden Kräfte der RAF Andreas Baader Günter Ensslin Jan Carl Raspe tot im Gefangen Stammheim aufgefunden wurden. Das wurde wie zuvor schon bei Ulrike Meinhof offiziell als „Selbstmord“ ausgegeben. Seit der Entführung des Regierungschefs und der Entführung eines ehemaligen SS-Führers Schlesier einem Blutszug und Unterdrückung der Völker in der Tschechoslowakei zur Zeit des Nazifaschismus begann eine unglückliche Kampagne der Faschisierung in Westdeutschland

De Enthüllung und Entlarvung der Politik des westdeutschen Imperialismus auf der einen Seite und die Auswertung und kritische Analyse der Linie, Politik und Praxis der RAF erfolgen nicht emotionslos. Im Gegenteil die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus in seinem Gefangen sein seine Politik der Faschisierung haben nicht nur den Hab auf die für den Tod der

Aus dem Inhalt:

- Der Kampf zur Vernichtung der RAF
- Antimperialistisches Widerstand gegen die Welt
- Der Faschismus in Westdeutschland
- Der sozialistische Charakter der RAF von im Beispiel AF und R
- ...

FREIHEIT FÜR ALLE ANTIIMPERIALISTISCHEN UND ANTIFASCHISTISCHEN GEFANGENEN!




„Neuer Antiimperialismus“ – alter europäischer Chauvinismus

Die Propaganda der "Autonomen" und "Antiimperialisten" reduziert das imperialistische System, das seit seiner Entstehung durch das Ringen einer Handvoll von Großmächten um die Weltherrschaft gekennzeichnet ist, auf eine "imperialistische Großmacht USA". Darüber hinaus wird allenfalls das mit ihr "konkurrierende europäische und japanische Kapital", bzw. der "europäische Imperialismus" ("Der IWF oder Die Vernichtung hat Methode", Westberlin 1988, S. 7 und 12) erwähnt.

Mit Hilfe dieser Konstruktion, die den US-Imperialismus verabsolutiert, werden die westeuropäischen imperialistischen Großmächte Westdeutschland, Frankreich und England, zu zweit- oder drittrangigen Mächten herabgespielt, die nur zusammen von internationaler Relevanz seien, wobei zudem ihre Konkurrenz unter den Teppich gekehrt wird.

Und dies vor dem Hintergrund, wo der westdeutsche Imperialismus Frankreich und England bereits in mehrerer Hinsicht überholt hat, und dabei gegenüber kleineren, ebenfalls westeuropäischen imperialistischen Ländern wie Österreich, eine Vormachtstellung ausübt.

Mit dieser "europäischen" Sichtweise wird der "eigene", der westdeutsche Imperialismus, sowohl hinsichtlich seiner internationalen Großmachtaktivität, als auch hinsichtlich der Aufgabe der Zerschlagung des Staatsapparates, aus der Schußlinie genommen.

Nebenbei bemerkt, wie sehr den Verfassern das "Europäertum" zu Kopfe gestiegen ist, sieht man daran, daß sie ständig von "europäisch" reden, tatsächlich

aber nur "Westeuropa" meinen, und ganz übersehen, daß es auch noch Osteuropa gibt! Gerade so, wie in der Regierungspropaganda dauernd von "europäischer Gemeinschaft" die Rede ist, die sich tatsächlich doch nur auf Westeuropa erstreckt. In dieser geographischen Verwirrung spiegelt sich der revanchistische Hunger nach den Gebieten Osteuropas, die Fortsetzung der unsäglichen deutschen Geschichte der Mißachtung der Völker Osteuropas als "slawische Untermenschen". Es dürfte klar sein, wessen Propaganda sich hier in wessen Köpfen niederschlägt!

Wie tief dieses "Europäertum" sitzt, wird vor allem an der "autonomen" Haltung zu den Kämpfen der unterdrückten Völker in den vom Imperialismus abhängigen Ländern deutlich, deren Revolution als Angelegenheit der "Peripherie" abgetan, ja "überhaupt" für aussichtslos erklärt wird.

Dies firmiert dann unter dem Aushängeschild eines "neuen Antiimperialismus":

"1. Die Erfahrungen der Revolution in der Peripherie beweisen, daß das Kapital nicht dort, sondern nur in den Metropolen erfolgreich anzugreifen ist. (...) Erst wenn sich hier die Verhältnisse ändern, haben die Befreiungsbewegungen überhaupt die Chance, ihren Weg zu gehen." (ebenda)

Dies ist kein "neuer Antiimperialismus", sondern alter sozialdemokratischer, europäischer Chauvinismus. Das ist die Vorstellung, daß es "nur" in den "zivilisierten" Ländern, dort, wo die Produktivkräfte am entwickeltesten sind, "überhaupt" möglich sei, Siege über das Kapital zu erringen. Zu -

erst müßten sich angeblich die Hochburgen des Kapitalismus, die sogenannten "Metropolen" befreien, dannach der "Rest der Welt", wobei dann, das ist eine ganz einfache Überlegung, bei der Aufgabe der unmittelbaren Zerschlagung des Imperialismus nicht mehr allzuviel zu tun übrigbleibt.

Nicht nur, daß sich diese "Metropolen-Kämpfer" damit zur internationalen Avantgarde hochstilisieren, was angesichts der realen Kämpfe in der Welt eine bodenlose Selbstüberhebung darstellt. Theoretisch und praktisch bedeutet dieser "autonom" aufgearbeitete sozialdemokatische Schrott, daß die revolutionären Kräfte in den abhängigen Ländern zum Abwarten verurteilt werden und ihr opferreicher Kampf gegen den Imperialismus nur mit einer überheblichen Miene der Aussichtslosigkeit begleitet wird. Was anders kann dabei herauskommen, als unter den Arbeitern und Werktätigen hier ein Gefühl der Überehbllichkeit zu schüren, eben europäischer Chauvinismus, ein Abklatsch des "Sendungsbewußtseins" der eigenen Bourgeoisie, die vorgibt, den Fortschritt für die abhängigen Länder zu verkörpern.

So etwas kommt als "neuer Antiimperialismus" daher, als Beitrag zur Zerschlagung des imperialistischen Systems. Tatsächlich aber ist dies die alte sozialdemokratische Attacke auf die leninsche Erkenntnis, daß der Imperialismus weltweit reif für seine Zerschlagung ist, daß hier wie dort, in den imperialistischen und in den vom Imperialismus abhängigen Ländern, ohne ein kontinentales Hintereinander, das schwächste Glied in der imperialistischen Kette reißen und die Revolution siegen kann.

Es liegt auf der Hand, daß dieser "neue Antiimperialismus" auch ein Resultat der eingehen trügerischen Hoffnungen ist, die von vielen Befreiungsorganisationen, welche für eine bestimmte

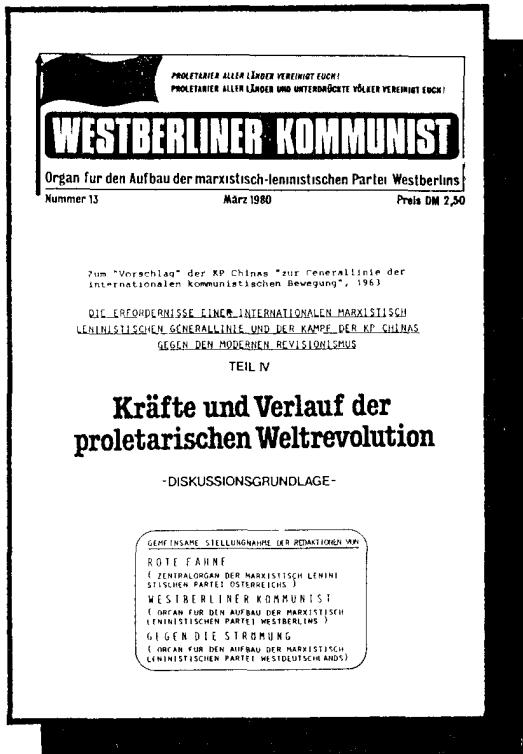
Zeit eine revolutionäre Rolle gespielt haben, nicht eingelöst wurden.

Der zunehmende Verlust des revolutionären Geistes, die zunehmende Zersetzung von Befreiungsorganisationen durch das Gift des modernen Revisionismus, das faule "Taktieren", richtiger die Kapitulation vor dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus wird nicht aufgedeckt, um sie zu bekämpfen, sondern es wird erklärt: "Es geht halt nicht anders, das Kapital ist nur in den Metropolen erfolgreich anzugreifen". Die Ursachen für den Verlust der revolutionären Perspektive und die großen Niederlagen von Befreiungsorganisationen, die oft bereits große Siege erkämpft (so z.B. die FLN in Vietnam, die sich trotz des großen Sieges über den US-Imperialismus an den russischen Sozialimperialismus verkaufte und das Nachbarland Kampuchea überfiel), werden nicht im Fehlen einer wirklich revolutionären, marxistisch-leninistischen Führung gesucht, also nicht im subjektiven Faktor, sondern in den objektiven Verhältnissen, letztlich im Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Das heißt, die Kapitulation theoretisierend zu rechtfertigen und selbst zu ihr hinabsinken.

Wer derart die imperialistischen Länder zum "Nabel der Welt", zur "Metropole" erklärt, ist außerstande, irgendetwas zum antiimperialistischen Kampf beizutragen und stellt in Wirklichkeit ein Hindernis für die Unterstützung der Kämpfe der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus dar.

Er wird ersetzt durch den Pseudointernationalismus Kautskys und des alten Menschewisten Trotzki, der z.B. 1919 schrieb: "Kolonialsklaven Afrikas und Asiens! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird auch die Stunde eurer Befreiung sein!" (siehe: "Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution", "Westberliner Kommunist" Nr. 13, S. 42)

Die modernen Revisionisten mit ihrem Ziehvater Chruschtschow griffen diese Linie erneut auf.



Insofern sie nicht gerade das sogenannte "sozialistische Lager" als Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus bezeichnen, schrieben sie "... die Arbeiterklasse in den Hochburgen des Kapitalismus (ist) die Haupttribeckräft des revolutionären Kampfes der antiimperialistischen demokratischen Bewegung." ("Dokumente der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien", Moskau 1969, S. 28)

Das ist die stolze Ahnengalerie:

die Sabotage des Bündnisses der Arbeiter aller Länder, die Sabotage des Bündnisses der proletarischen Revolutionen mit den antiimperialistischen-antifeudalen Revolutionen, ohne die der Imperialismus nicht zu vernichten ist. Der "autonome Antiimperialismus" ist gleichbedeutend mit dem schleichenden Abschwenken in das Lager der Konterrevolution.

„Neue Weltwirtschaftsordnung“ gegen die Revolution

Nicht zufällig wurde Fidel Castro als Redner zum sogenannten Gegenkongreß von ca. 80 Gruppen eingeladen, macht er sich doch im Gewand des Revolutionärs aus der Sierra maestra gerne zum Vorkämpfer der "Einheit der 3. Welt".

Er wollte allerdings erst noch seinen "Freund Honecker" fragen (siehe Jutta Dithfurths Artikel im "Stern", Aug. 1988). Jedenfalls hat er abgesagt.

Als Ideologe des modernen Revisionismus kommt ihm die Hauptfunktion zu, jede revolutionäre Perspektive zur wirklichen Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung, zur Zerschlagung des imperialistischen Weltsystems zu unterminieren. Schaut man hinter Castros Schlag-

worte von "Schuldenstreichung", "neue Weltwirtschaftsordnung" und "Einheit der 3. Welt", die den Veranstaltern hier so gut gefallen, so wird unübersehbar deutlich, daß er ein Konzept der Klassenkollaboration und der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus vertreten, ein Konzept, in dem für Revolutionen kein Platz ist.

Hauptmittel zur Beseitigung der Verschuldung und der damit einhergehenden Vereinigung der Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder ist ihm die "Einheit innerhalb der Länder und der Länder untereinander" (zit. nach "Konsequent", Organ der SEW, 2/88, S. 68, auch alle weiteren Zitate).

Welche "Einheit" meint hier

Castro ? Die Sache ist eindeutig. Er meint nicht die Einheit der Volksmassen gegen ihre imperialistischen Ausbeuter und gegen die einheimischen herrschenden Klassen. Er fordert auf zur K l a s - s e n k o l l a b o r a t i o n , im Interesse der Zusammenarbeit der Kompradorencliquen zur Erhöhung ihres Anteils an dem aus den Völkern herausgepreßten Profit. Dies ist für Castro "die entscheidende Frage" (ebenda).

Doch Castros "neue Weltwirtschaftsordnung" beruht nicht nur auf der Klassenkollaboration in den vom Imperialismus abhängigen Ländern. Seine "Lösung" sei auch von "Vorteil" sowohl für die Imperialisten als auch für die Arbeiter in den imperialistischen Ländern, für Ausbeuter und Ausgebeutete, die alle am gleichen Strick zu ziehen hätten.

"Unser Vorschlag würde die Zahl der Arbeitslosen reduzieren, das industrielle Potential der entwickelten kapitalistischen Länder vergrößern, den Gewinn der Exporteure und Industrien steigern ..." (ebenda, S. 69)

Und schließlich läßt Castro die Katze ganz aus dem Sack:

"Ich will keine unkontrollierte Explosion. Wichtiger als eine, zwei, drei, vier oder fünf Revolutionen ist in diesem Augenblick ein Ausweg aus der Krise, die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung". (ebenda)

Somit ist deutlich, welcher Art die "neue Weltwirtschaftsordnung" der modernen Revisionisten ist, die von Grün-Alternativen so hofiert werden; es ist eine Ordnung gegen die Revolution, die nicht in ihr Konzept paßt, mit einem Wort, eine der Konterrevolution, eine der Behauptung des Bestehenden gegen seine revolutionäre "explosive" Sprengung, der Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems als Ursache für die Krise, Ausbeutung

und Unterdrückung.

Fidel Castro ist nicht nur ein Ideologe des modernen Revisionismus. Er steht auch an der Spitze eines Kompradorenregimes - abhängig vom sowjetischen Sozialimperialismus -, das die Volksmassen Kubas ausbeutet und unterdrückt. Und dort, wo die Völker um ihre Befreiung kämpfen, schickt dieser selbsternannte Revolutionär seine Elitetruppen, die sich am systematischen Völkermord des faschistischen äthiopischen Militärregimes in Eritrea beteiligen.

Seine Aufforderungen an die unterdrückten Völker entsprechen seiner Klassenlage. Es ist der Aufruf eines Konterrevolutionärs und Kompradorenbourgeois zum Verzicht auf die Revolution, zur Kapitulation vor dem Imperialismus, zur Kollaboration mit der "eigenen" Kompradorenbourgeoisie. Seine Einladung zu einem sich als "antiimperialistisch" verstehenden "Gegenkongreß" ist eine Ungeheuerlichkeit, die jedem antiimperialistisch gesinnten Menschen die Zornesröte ins Gesicht treiben muß und wirft ein bezeichnendes Licht auf jene, die ihn eingeladen haben.

Der Sozialimperialismus, Castro, die modernen Revisionisten der SEW etc., von der Sozialdemokratie ganz zu schweigen, erweisen sich mit dem was sie tun und was sie propagieren als Feinde der Völker, trotz ihres Geredes von "Völkerfreundschaft" und "solidarischer Welt". Sie sind direkt p o l i - t i s c h konterrevolutionär und stehen fest mit beiden Beinen im Lager der internationalen Reaktion. Das muß man mit aller Deutlichkeit sagen und gerade jenen, die diesen reaktionären Kräften politisch solidarisch gegenübergetreten und mit ihnen gemeinsame Sache machen.

I d e o l o g i s c h nicht minder konterrevolutionär sind Auffassungen, die zur Verharmlosung des westdeutschen Imperialismus, zur Verabsolutierung des US-Imperialismus führen oder gar auf europäischem Chauvinismus beruhen. Solche Vorstellungen stehen einem radikalen, an die Wurzel gehenden Kampf gegen das System des Imperialismus entgegen und führen nicht zur Sprengung, sondern letztlich zum Erhalt dieses System.

Damit befinden sich die Träger schon mit einem Bein im Lager der Reaktion und es wird sich zeigen, ob sie die Klassenfront zur Gänze wechseln. Wenn Völkerschlächter wie Castro eingeladen werden, zeigt dies auch, wie fließend der Übergang von konterrevolutionären Auffassungen zu konterrevolutionärer Politik ist.

Dies unterstreicht umso mehr, wie lebenswichtig es für eine wirklich antiimperialistischen Orientierung ist, in der Ideologie unversöhnlich gegen die revisionistische Anbiederung an die Bourgeoisie und den Imperialismus Front zu machen, um ihn politisch schlagen zu können.

Davor kann niemand die Augen verschließen, der mit gutem Willen und gerechter Empörung gegen den Imperialismus kämpfen will.

Es gibt keinen siegreichen Kampf gegen den Imperialismus ohne Kampf gegen den Opportunismus!

Nieder mit Opportunismus und Revisionismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus !



F. L. L. / Kreishausamt Wien / Verlagsanstalt Wien 1988
**Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
 Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!**

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTisch-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHENS

Nummer 228 Ausgabe Dezember 1987 S. 30,-

ARBEITERKLASSE UND VERSTAATLICHUNG

WELCHEN CHARAKTER HABEN VERSTAATLICHUNGEN IM KAPITALISMUS ?
 IST DIE VERSTAATLICHTE EINE BASTION DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT ?
 WIE UND MIT WELCHEM ZIEL GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG DER VERSTAATLICHEN UND GEGEN REPRIVATISIERUNGEN KÄMPFEN ?
 WAS BRINGEN VERSTAATLICHUNGEN DURCH EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERMACHT ?

STEYRER KONFERENZ • ÖGB-KONGRESS • KPÖ UND VERSTAATLICHE • DIE FRECHHEIT DES STEYR-VORSTANDS • AMAG-KUNDGEBUNG AM BALLHAUSPLATZ • DEMONSTRATION AM 24.10.

NEUERSCHEINUNGEN

F. L. L. / Kreishausamt Wien / Verlagsanstalt Wien 1988
**Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
 Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!**

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTisch-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHENS

Nummer 230 Ausgabe März 1988 S. 16,-

CONZIG JAHRE ANNEXION ÖSTERREICHENS DURCH HITLEROEUTSCHLAND:

Von Dollfuß-Schuschnigg am Ballhausplatz zu Hitler am Heldenplatz bis Waldheim in der Hofburg führt eine direkte Linie !

Als vor nunmehr 50 Jahren die Truppen Hitlerdeutschlands Österreich überfielen und seine eigenstaatliche Existenz für steigen lange blutige Jahre auslöschten, führten sie ein Unternehmen zu Ende, das innerhalb Österreichs lange und gründlich vorbereitet worden war - nicht nur von brauen sondern auch von allen anderen rassistischen Rassen.

Die 1934 mit dem Anschluss des österreichischen Bundes herbeigeführte Annexion und 1938 ohne einen einzigen Schuß von Hitlerdeutschland zuständige Erste Republik ging an ein System zugrunde, dessen Verlogenheit und demagogische Heuchelei ebenso historisch war wie seine reaktionäre Gewalttätigkeit. Den arbeitenden Menschen wurde Obrigkeitsschaft, Mäßigung und Zurückhaltung, Besonnenheit und Vernunft gepredigt, während man ihnen alle lasten eines imperialistischen Systems aufzwingen wollte. Die Schikanen, die Verleumdungen, das Land verschreckte und schließlich die Maschinenpistolen und Kanonen aufforderten sie, als die Arbeiterklasse - viel zu sehr - für ihre Lebensinteressen in den Kampf traten.

Diesen System und seine Repräsentanten, die den Massen des Volkes nicht nur unentzündliches Leid, viele Jahre dauernde Massenarbeitlosigkeit, ja totale Ausweglosigkeit bescherten und den Widerstand dagegen blutig niedermachten, tragen auch eine garnicht hoch genug zu veranschlagende Schuld daran, daß die auf Re-

Kontinent getriebene soziale und nationale Demagogie der Nazis schließlich bei großen Teilen des Volkes breitestes Echo fand und auch vorhandene Bedenken und Unsicherheiten bei vielen in kürzester Zeit wegwarf. Der Faschismus war ein sozialer Radikalismus, der von Nationalen FDP ging in einer Flut antikommunistischen Geschrei unter, an dem sich insbesondere auch die SP-Führer hauptschuldig machten, wie sie dann die Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland wahrstellt begrüßten.

Der "Faschismus" des fachistischen Schuschnigg Regimes aber war nichts als ein reaktionärer Regierungsschwindel zum Betrug an den Massen, im Grunde nur die "grüne", standädtische Spielart der faschistischen Ideologie der Nazis, die sich zunächst nur stärker auf das faschistische Italien Mussolinis orientierte. Die tatsächlichen Verhältnisse in der österreichischen Mission Österreich, also weiter deutscher Staat, arbeiteten die Dollfuß und Schuschnigg Regime prodeutschens "Anschluß" Propaganda direkt in die Hande und vor die Welt gestellt, gegen die Hitlerfascistische Aggression militärischen Widerstand zu leisten, wozu die Mobilisierung der Volksmassen und die Gewährung minimaler bürgerlich-demokratischer Freiheiten nötig gewesen wäre, aber den Nazi-Truppen kamplös die Grenzen zu öffnen, zögerten die reaktionären Machthaber Österreichs nicht, letzteres

Internationale Klassensolidarität mit den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern

Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sehen sich durch ihre elende Lage gezwungen ihre Heimat zu verlassen, um zumeist in Industrieländern ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Massenarbeitslosigkeit von oft mehreren zehn Prozent, eine noch höhere Unterbeschäftigung, Vernichtung bäuerlicher Existenz in ungeheuerem Ausmaß; Hungerlöhne in der Industrie, die oft weniger als den zehnten Teil der hier gezahlten Löhne ausmachen; eine Differenz der wöchentlichen industriellen Arbeitszeit zwischen 12, 18 und mehr Stunden ... dies sind einige der nüchternen wirtschaftlichen Faktoren, die äußerste Verarmung, Entkräftung und Morbidität, Unterernährung und Hungertod nach sich ziehen.

Was haben wir damit zu tun, sagt der bornierte Spießer. So international die Wanderung von Arbeitskräften, so international die Ursachen. Der Kapitalismus ist längst über seine nationalen Grenzen hinausgewachsen, er wurde zu einem Weltsystem des Imperialismus. Wer betreibt die sogenannten "Weltmarktfabriken" in "Billiglohnländern", wer verordnet mit dem Instrument der Kreditvergabe Lohnstopp und Lohnsenkungen, erhöhte Inflationsraten und Preissteigerungen, wer lanciert sogenannte Landwirtschaftsprogramme, die besser als Direktiven zum Bauernlegen bezeichnet werden, wer profitiert vom Monokulturanbau, wer entzieht durch die Einfuhr von Industriewaren tagtäglich unzähligen Kleinproduzenten die Existenzgrundlage usw. usf.?

Das sind doch die imperialistischen Länder, die den Weltmarkt in der Hand haben, die sich auf Kosten der Völker der abhängigen Länder entwickelt haben und ihnen im Nacken sitzen. Und mit vornweg Westdeutschland, das westdeutsche Monopolkapital als eines der mächtigsten der Welt, das so reich, so fett und einflußreich nicht werden konnte allein auf der Grundlage der Ausbeutung der "eigenen" Arbeiter, sondern auch auf der Grundlage riesiger Profite und Extraprofite, die es aus dem Schweiß und dem Blut anderer Völker gepreßt hat.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die seit Ende der fünfziger Jahre, Anfang der sechziger Jahre nach Westberlin und

Westdeutschland angeworben wurden, erhofften sich dort, wo ihr Elend seinen Ursprung hat, im "Zentrum des Spinnennetzes", dort wo über ihr Schicksal Beschlüsse gefällt und der Reichtum ihrer Völker hinfließt, eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lage.

Doch über ihr Schicksal war bereits entschieden, ihr Platz war bereits durch Generationen von Fremdarbeitern vor ihnen bestimmt, und zwar ganz unten. Sie hörten in einem Sinn nicht auf, Kolonialsklaven zu sein: sie gehören immer noch zu einem besonders unterdrückten, ausgebeuteten Teil des internationalen Proletariats.

Der Anteil der ausländischen Arbeiter, und noch mehr der ausländischen Arbeiterinnen, der in den unteren Lohngruppen eingestuft ist, ist bedeutend höher als bei den deutschen Arbeitskräften. Etwa zwei Drittel sind heute als un- oder angelernte Arbeitskräfte eingesetzt - in der Heimat erworbene Qualifikationen werden meist nicht anerkannt. Sie arbeiten "bevorzugt" an gesundheitsschädigenden, unfallgefährdeten, körperlich schweren und dazu oft noch schlecht angesehenen Arbeitsplätzen, in Akkord, Schicht und Nachtarbeit, an den Fließbändern der Autoindustrie, in Gießereien, Hütten, in der saisonanfälligen Bauwirtschaft. Erst recht sind jene ohne Papiere einer ungezügelten Ausbeutung ausgesetzt.

Die besondere Ausbeutung schlechtbezahlter Arbeiterinnen und Arbeiter aus rückständigen Ländern, die noch mannigfaltigere Formen kennt, ist für den Imperialismus charakteristisch. Sie ist eine weitere Quelle von Extraprofiten.

Die ausländischen Werktätigen befinden sich zudem in einer politisch weitgehend rechtlosen Lage. Sie sind im wirklichen Sinn des Wortes faschistischen Sondergesetzen - den Ausländergesetzen - unterworfen, die als eine Art Arbeitsordnung der schonungslosen Unterwerfung unter die Interessen der Herrschenden bezeichnet werden können. Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Wohnort, Recht auf Freizügigkeit, Wahlrecht etc., all diese "demokratischen Grundrechte" werden den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern bereits per

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERRÖHRT VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Gesetz, völlig "legal" vorenthalten. Die Möglichkeiten, die diese Gesetze bieten, werden je nach Situation und Gelegenheit rücksichtslos zur Anwendung gebracht, wie das Verbot von GUPS und GUPA, das Dev Sol-Verbot, Maulkorberlässe, Versammlungsverbote und Abschiebungen in großer Zahl zeigen. In westberliner Großbetrieben, werden ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter im Rahmen des "Abbaus des Ausländeranteils" gezielt gesäubert, um "Störenfriede" und "radikale Elemente" loszuwerden. Im Zug der Massenrazzien in U- und S-Bahn wurden 1986 über Wochen hinweg tausende von Schwarzhaarigen nach Rassenmerkmalen überprüft, viele ausgesondert und zur weiteren Überprüfung abgeführt ...

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Anwerbung gab der 1973 verhängte Anwerbestopp das Signal für die staatlich betriebene Ausländer-raus-Politik, in einer Zeit der verschärften Rationalisierungsoffensive. Dabei handelt es sich nur dem Anschein nach um entgegengesetzte Tendenzen, in Wirklichkeit um zwei Seiten ein und derselben Medaille imperialistischer Fremdarbeiterpolitik. Die Regierungsformel der "Reduzierung der Ausländerzahlen um die Hälfte" bringt dies mit kaum zu übertreffender Schärfe zum Ausdruck.

Es gibt dem Kapital und seinem Staat von Anfang an um die Rekrutierung einer disponiblen, internationalen Reservearmee, zu bestimmten Zeiten in die Produktion geworfen, um später zu einem bestimmten Teil vernutzt und verbraucht wieder auf die Straße gesetzt und über die Grenze transportiert zu werden, wie es in Deutschland seit eh und je gemacht wurde.

Die Verdrängung und Vertreibung eines Teils der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter beseitigt nicht die Ausbeutung der Fremdarbeit. Im Gegenteil: die wachsende Unsicherheit, die besonders hohen Arbeitslosenzahlen unter den Ausländern, die Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes und der Aufenthaltsgenehmigung, die aufeinanderfolgenden Erlasse gegen Familienzusammenführung, die hämmernde Propaganda gegen die angebliche "Überfremdung" - all dies erhöht den Druck auf die verbleibenden ausländischen Werktägigen, führt zur Intensivierung der Ausbeutung, der Arbeitshetze, führt dazu, daß die Fesseln noch enger geschnürt werden.

Anwerbung und Vertreibung - in der Geschichte des deutschen Imperialismus gab es stets diese beiden, engstens zusammengehörenden Seiten ein und derselben Politik.

So die polnischen und galizischen Saisonarbeiter auf den ostelbischen Jungkergütern, die zur Karenzzeit im Winter

das Reich wieder verlassen mußten. Umgekehrt hinderte die Verwirklichung des Punkt 8 des Parteiprogramms der NSDAP (Verhinderung "jeder weiteren Einwanderung Nichtdeutscher") die Hitlerfaschisten nicht, bereits 1938 im Zuge der Kriegsvorbereitungen die Zahl der "Fremdarbeiter" um 60 Prozent zu erhöhen.

Von den polnischen Saison- und Wanderarbeitem, von den Arbeitsverschleppten des 1. Weltkrieges über die Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern während des 2. Weltkrieges bis zu den heutigen "Gastarbeitern" zieht sich in Wirklichkeit ein Faden der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung, des Rassismus und Chauvinismus.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei, aus Jugoslawien, Griechenland, Italien, Spanien, Polen befinden sich in der tragischen Situation, in den Fabriken des westdeutschen Imperialismus für neue Waren, Kapital und Waffen-exportoffensiven zu schuften, den westdeutschen Imperialismus noch fetter und gefährlicher zu machen, der am Ruin der Völker ihrer Heimatländer arbeitet. Und zugleich sind sie dem Hohn und Spott, der giftigen Atmosphäre der Ausländerfeindlichkeit, des Rassismus und Chauvinismus ausgesetzt, die bis hinein in die Reihen der einfachen deutschen Arbeiter tiefen Wunden hinterlassen haben.

Aber die Anwesenheit von Arbeiterinnen und Arbeitern und auch der politischen Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern bietet hervorragende Möglichkeiten für den Internationalismus, für das Kennenlernen und die Annäherung zwischen den in- und ausländischen Kolleginnen und Kollegen, ihren Familien, den Völkern ihrer Heimatländer. Sehr greifbare und direkte Möglichkeiten des Kampfes Schulter an Schulter, für die Einheit

des internationalen Proletariats, aller "Mühseligen und Beladenen" gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, für die Knüpfung und Festigung internationaler Verbindungen.

Lenin hat sich bereits 1907 auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart gegen die in den Reihen der Sozialdemokratie erhobene chauvinistische Forderung ausgesprochen, ein Verbot des Zustroms von Arbeiterinnen und Arbeitern aus rückständigen Ländern durchzusetzen:

"Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletarien einiger 'zivilisierter' Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen." (LW 13, S. 71)

Der Kampf gegen die Spaltung der deutschen und ausländischen Arbeiter erfordert den Kampf gegen alle nationalen Vorrechte, gegen jede Aufrichtung nationaler Schranken, gegen jede nationale Exklusivität und das Gift nationaler Überheblichkeit. Sei das in Gestalt der Ausländer-raus-Parolen oder in Gestalt der mehr sozialdemokratisch gefärbten Demagogie, daß man die Ausländer ja brauche, wer solle denn sonst die Drecksarbeit machen.

Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn er in seiner ganzen Tragweite erfaßt und geführt wird, im unlösbarren Zusammenhang der Weltfrage der Schmiedung des Bündnisses der Arbeiter der unterdrückenden Nationen mit den Völkern der unterdrückten Nationen, als Bestandteil des Kampfes gegen den Großmachtchauvinismus und die weltweite Aktivität des eigenen, des westdeutschen Imperialismus.

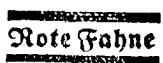
Vertrieb für INTERNATIONALE LITERATUR

- Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, in den Sprachen:

Deutsch	Farsi	Englisch	Italienisch
Türkisch	Spanisch	Französisch	

- Schriften des Kommunismus, Komintern, teilweise in verschiedenen Sprachen

- Veröffentlichungen von:



teilweise in verschiedenen Sprachen

- Anteil imperialistische und antifaschistische Veröffentlichungen, lbs. Über den westdeutschen Imperialismus

Fotos auf der Titelseite

oben: W. Seipp (Commerzbank), H.C. Schroeder-Hohenwarth (Bankenpräsident), W. Röller (Dresdner Bank), F.W. Christians (Deutsche Bank)
unten: demonstrierende Bergarbeiter in Südafrika